

Breithaupt

**Sammlung
von Entscheidungen
aus dem Sozialrecht**

Begründet 1912 von
Geh. Regierungsrat Hermann Breithaupt,
weiland ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl
Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht

105. Jahrgang

2016

 | BOORBERG

Inhaltsübersicht

Entscheidungen (Leitsätze)	III–XLIX
Entscheidungen (nach Gericht und Verkündungsdatum)	L–LIII
Sachregister (alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)	LIV–LXV
Abkürzungen	LXV–LXX
Entscheidungen (Hefte 1–11)	1–1032

Breithaupt Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Breith.)

Schriftleitung: Hans Peter Spiegel, Vorsitzender Richter am BayLSG, München
 Die Zeitschrift erscheint am 25. jeden Monats; Bezugspreis EUR 207,60 jährlich einschließlich Versandspesen, Einzelheft EUR 21,50 zuzüglich Versandspesen. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Eine Abbestellung wird, wenn sie spätestens 6 Wochen vor Jahresschluss dem Verlag vorliegt, zum Ende des Jahrgangs wirksam.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck bleiben vorbehalten. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Satz: Fotosatz Mann, Beyharting; Druck und Verarbeitung: Liskow Druck und Verlagsgesellschaft mbH, Oldenburger Allee 23, 30659 Hannover. Anschrift für Bestellungen sowie für alle Zuschriften an Schriftleitung und Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstraße 6a, 81673 München; Telefon (0 89) 43 60 00-20; Telefax (0 89) 4 36 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de – Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 1. 2009 ist zurzeit gültig, verantwortlich für den Anzeigenteil: Roland Schulz, Richard Boorberg GmbH & Co KG, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart; Telefon (07 11) 73 85-0, Telefax (07 11) 7 38 51 00, E-Mail: anzeigen@boorberg.de.

ISSN 0342-2003

Entscheidungen (Leitsätze)

(geordnet nach Rechtsvorschriften)

Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil –

§§ 13, 14, 15 Abs. 1 SGB I s. § 60 Abs. 1 BVG *Breith. 2016, 995*

§ 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I s. §§ 98, 106 Abs. 1 Satz 1, 109 SGB XII *Breith. 2016, 365*

§ 31 SGB I; §§ 14 Abs. 1 Satz 1, Satz 3, 17 Abs. 1 SGB IV; §§ 56 Abs. 3, 59 Abs. 1, 82 Abs. 2 Satz 1 SGB VII; § 31 SGB X; § 287 ZPO

Für die Berechnung des Jahresarbeitsverdiensts als Grundlage der Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung gelten grundsätzlich die Normen der Arbeitsentgeltverordnung (bzw. Sozialversicherungsentgeltverordnung).

BSG, Urt. v. 23. 7. 2015 – B 2 U 9/14 R – *Breith. 2016, 522*

§ 37 Satz 1 Halbs. 1 SGB I s. § 175 SGB VII *Breith. 2016, 349*

§ 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I s. § 93 SGB III *Breith. 2016, 276*

§ 48 SGB I s. § 11b Abs. 3 SGB II *Breith. 2016, 480*

§ 56 SGB I; § 55 SGB XI; Art. 3 GG

Der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, der Kinder seiner Partnerin, die nicht gleichzeitig seine eigenen Kinder sind, im gemeinsamen Haushalt mit erzieht, ist nicht Elternteil im Sinne des § 55 Abs. 3 Satz 2 SGB XI i.V.m. § 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Nr. 2 und 3 SGB I und deshalb nicht vom Beitragszuschlag für Kinderlose in der Pflegeversicherung befreit.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 10. 12. 2015 – L 5 P 39/15 – *Breith. 2016, 333*

Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

§ 2 Abs. 1 Satz 1 SGB II; § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X

Nebenkostennachforderungen für eine Wohnung, die erst fällig geworden sind, nachdem diese nicht mehr bewohnt wird, und deren tatsächliche Entstehung nicht auf Zeiten der Hilfebedürftigkeit zurückgeht, sind kein anzuerkennender Bedarf für Unterkunft und Heizung (Abgrenzung von BSG, Urt. v. 20.12.2011 – B 4 AS 9/11 R – SozR 4-4200 § 22 Nr. 50).

BSG, Urt. v. 25. 6. 2015 – B 14 AS 40/14 R – *Breith. 2016, 77*

§ 6b SGB II; §§ 284, 288, 291 BGB; Art. 104a Abs. 5, Art. 106 Abs. 8 GG

Als vom Bund zu tragende Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind nur solche Ausgaben der Jobcenter zu bewerten, die sich im Rahmen

der dem SGB II zugrunde liegenden Ziele, Zwecke und Prinzipien bewegen, nicht aber von Mitarbeitern des Jobcenters veruntreute Gelder.

BSG, Urt. v. 12. 11. 2015 – B 14 AS 50/14 R –

Breith. 2016, 654

§ 7 Abs. 1 SGB II; §§ 1 Abs. 1 Nr. 3, 2 Abs. 1 und Abs. 3, § 3 AsylbLG;
Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG; Art. 23 Abs. 2, Art. 28 RL (EG) Nr. 83/2004

1. Soweit die Richtlinie 2004/83/EG (sog. Qualifikationsrichtlinie; RL (EG) 83/2004) vorsieht, dass Drittstaatsangehörigen mit sogenanntem subsidiärem Schutzstatus und ihren Familienangehörigen die notwendige Sozialhilfe wie Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats zu gewähren ist, vermittelt dies keine unmittelbaren Leistungsansprüche nach dem SGB II.

2. Die Vorbezugszeit für Analogleistungen kann auch mit dem Bezug anderer Sozialleistungen als Grundleistungen nach § 3 AsylbLG erfüllt werden (Aufgabe von BSG, Urt. v. 17. 6. 2008 – B 8/9b AY 1/07 R = BSGE 101, 49 = SozR 4-3520 § 2 Nr. 2).

BSG, Urt. v. 28. 5. 2015 – B 7 AY 4/12 R –

Breith. 2016, 734

§ 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II; §§ 86b Abs. 2 Satz 2, 172 Abs. 3 Nr. 2b SGG;
§ 4 Abs. 3 GewO

1. Der Begriff der Niederlassung ist weit zu fassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die selbstständige Erwerbstätigkeit eines Unionsbürgers nach der Systematik des § 2 Abs. 2 FreizügG/EU entweder unter § 2 Abs. 2 Nr. 2 oder unter § 2 Abs. 2 Nr. 3 FreizügG/EU fällt.

2. Besonderheiten des mitgliedsstaatlichen Gewerberechts sind bei der Beurteilung der Möglichkeit des Unionsbürgers, in stabiler und kontinuierlicher Weise am Wirtschaftsleben eines anderen Mitgliedstaats als seines Herkunftsstaats teilzunehmen und daraus Nutzen zu ziehen, zu berücksichtigen. Sofern dem Merkmal der „festen Einrichtung“, von der aus die Tätigkeit ausgeübt werden muss, nach der aktuellen Rechtsprechung des EuGH noch Bedeutung zugemessen werden kann, haben diese Besonderheiten Einfluss auf die an das Merkmal der „festen Einrichtung“ zu stellenden Anforderungen.

3. Die geringe wirtschaftliche Bedeutung einer selbstständigen Tätigkeit ist anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls zu beurteilen. Gleichet sich die Selbstständigkeit in ihrer Bedeutung für die Teilnahme des Unionsbürgers am Wirtschaftsleben wegen geringer wirtschaftlicher Risiken derjenigen einer Arbeitnehmertätigkeit an, kann ein Gewinn in Höhe der Vergütung ausreichen, die der EuGH für die nicht nur untergeordnete und unwesentliche Marktteilnahme von Arbeitnehmern für ausreichend erachtet. Andererseits kann dann auch verstärktes Gewicht auf die Regelmäßigkeit der Tätigkeit zu legen sein.

4. Eine strafbare Tätigkeit unterfällt nicht dem Schutz der unionsbürgerrechtlichen Freizügigkeitsberechtigung. Das gilt nicht in gleichem Maß für ordnungswidrige Tätigkeiten. Handelt der Unionsbürger in Ausübung seiner selbstständigen Tätigkeit ordnungswidrig, kann die Schutzrichtung des Ordnungswidrigkeitentatbestands Einfluss auf die Anerkennung der Erwerbstätigkeit als von § 2 Abs. 2 Nr. 2 FreizügG/EU erfasst haben.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 5. 4. 2016 –
L 2 AS 102/16 B ER –

Breith. 2016, 827

§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II; § 86b Abs. 2 Satz 2 SGG; Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG

1. Zur Verfassungsmäßigkeit des Leistungsausschlusses nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II.

2. Der Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II ist nicht verfassungswidrig.

3. Der Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II erfasst auch die Personen, die über kein materielles Aufenthaltsrecht (mehr) verfügen, sich aber bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde nach § 7 Abs. 1 Satz 1 FreizügG/EU noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten dürfen.

4. In Ausübung seines Gestaltungsspielraums hat der Gesetzgeber ausreichende Regelungen bezüglich der Gewährung von Leistungen zur Existenzsicherung getroffen.

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 5. 11. 2015 –
L 3 AS 479/15 B ER –

Breith. 2016, 268

§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II; §§ 18, 21, 23 SGB XII; Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG

Nur ein Aufenthaltsrecht nach dem „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“, das eine längerfristige Bleibeperspektive vermittelt, rechtfertigt eine Ausnahme vom Leistungsausschluss im Sozialgesetzbuch Zweites Buch für Ausländer aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

BSG, Urt. v. 20. 1. 2016 – B 14 AS 35/15 R –

Breith. 2016, 839

§ 11 Abs. 1 SGB II; §§ 1602, 1612b BGB

Das Kindergeld, das für ein Kind gezahlt wird, das Vermögen besitzt und deshalb nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehört, ist dem bezugsberechtigten Elternteil als Einkommen zuzurechnen.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschl. v. 15. 10. 2015 –
L 6 AS 1100/15 –

Breith. 2016, 570

§ 11 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Sätze 1 und 2 SGB II

Für die Qualifizierung einer Einnahme als im Zuflussmonat zu berücksichtigende laufende Einnahme reicht es aus, wenn diese nach dem ihr zugrundeliegenden Rechtsgrund regelmäßig zu erbringen gewesen wäre, auch wenn sie tatsächlich erst in einem Gesamtbetrag nach der Beendigung des Rechtsverhältnisses erbracht wird.

BSG, Urt. v. 24. 4. 2015 – B 4 AS 32/14 R –

Breith. 2016, 82

§§ 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II

Die Absetzung von Beiträgen für eine Kfz-Haftpflichtversicherung vom Einkommen des Leistungsberechtigten nach Maßgabe des § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 SGB II a.F. (§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II n.F.) setzt nicht voraus, dass der Leistungsbeneficiäre Versicherungsnehmer der für das maßgebliche Fahrzeug abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtversicherung ist. Ausreichend ist, dass er Halter des Fahrzeuges ist,

d.h. dass ihm das betreffende Fahrzeug nicht nur ganz vorübergehend zur eigenbestimmten Nutzung überlassen ist, und er tatsächlich für alle mit dem Betrieb des Fahrzeuges zusammenhängenden Kosten aufkommt.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 27. 11. 2015 –
L 11 AS 941/13 –

Breith. 2016, 566

§ 11b Abs. 3 SGB II; § 48 SGB I; § 850d ZPO

1. Das einem Unterhaltsschuldner bewilligte Arbeitslosengeld II ist als soziokulturelles Existenzminimum auch bei einer Erwerbstätigkeit der Auszahlung an Unterhaltsgläubiger entzogen.

2. Eine Abzweigung kommt auch nicht in Höhe des Freibetrages, der bei der Leistungsberechnung von einem zu berücksichtigenden Einkommen abzusetzen ist, in Betracht.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 21. 1. 2016 –
L 6 AS 1200/13 –

Breith. 2016, 480

§§ 20 Abs. 1, 22 Abs. 1 SGB II; § 202 Satz 1 SGG; § 287 ZPO; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Auch nach der Rechtslage ab dem 1.1.2011 sind die Aufwendungen eines Hauseigentümers für den Strom zum Betrieb einer Heizungsanlage in die Berechnung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II einzustellen (Fortführung und Weiterentwicklung von BSG, Urt. v. 7. 7. 2011 – B 14 AS 51/10 R – SGB 2012, 428).

2. Diese Aufwendungen sind der Höhe nach grundsätzlich einer Schätzung zugänglich.

BSG, Urt. v. 3. 12. 2015 – B 4 AS 47/14 R –

Breith. 2016, 751

§ 21 Abs. 3 Nr. 1 SGB II

Die anteilige Zuerkennung des Mehrbedarfs für Alleinerziehende kommt nicht in Betracht, wenn sich die Eltern die Pflege und Erziehung des gemeinsamen Kindes nicht in etwa hälftig teilen.

BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 4 AS 26/14 R –

Breith. 2016, 175

§ 21 Abs. 6 SGB II; §§ 1353 Abs. 1 Satz 2, 1684 Abs. 1 BGB; Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG

Auch Eheleute, die familienrechtlich nicht getrennt leben, können bei getrennten Wohnsitzen zur Ausübung des Umgangsrechts mit ihrem Kind Mehrbedarfshärteleistungen beanspruchen, wenn die Begründung und Aufrechterhaltung zweier Wohnsitze im Einzelfall gerechtfertigt ist und damit auch Einsparmöglichkeiten der Unabweisbarkeit des Bedarfs nicht entgegenstehen.

BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 4 AS 27/14 R –

Breith. 2016, 181

§§ 22, 40 SGB II s. § 328 SGB III

Breith. 2016, 369

§§ 22 Abs. 3, 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II; Art. 20 Abs. 3 GG

Die im SGB II zum 1. 4. 2011 eingeführte Aufrechnungsregelung für Darlehen gilt jedenfalls nicht für Mietkaufdarlehen, die vor diesem Zeitpunkt ausgezahlt wurden.

BSG, Urt. v. 25. 6. 2015 – B 14 AS 28/14 R –

Breith. 2016, 374

§ 22 Abs. 6 SGB II

Bei Vorliegen einer Zusicherung sind als Umzugskosten i.S.d. § 22 Abs. 6 SGB II auch die Kosten für einen Nachsendeauftrag und die Kosten für die Umstellung des Telefon- und Internetanschlusses zu übernehmen.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 6. 10. 2015 – L 6 AS 1349/13 –

Breith. 2016, 649

Sozialgesetzbuch III
– Arbeitsförderung –

§§ 24, 25 SGB III s. § 1 Abs. 1 Satz 1 SGB VI

Breith. 2016, 716

§§ 24 Abs. 1, 25 Abs. 1, 27 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, 123, 344 Abs. 2 SGB III; §§ 4 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV; § 2 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 1 SVEV

1. Die Zeiten der Ableistung eines freiwilligen sozialen Jahres im Rahmen eines besonderen Dienstverhältnisses sind Zeiten eines Versicherungspflichtverhältnisses i.S.v. § 24 Abs. 1 SGB III.

2. Die Leistungen der Träger bzw. Einsatzstellen an die Freiwilligen sind als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt bei der Ermittlung des Bemessungsentgelts für das Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu berücksichtigen.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 15. 7. 2015 – L 2 AL 72/13 –

Breith. 2016, 660

§ 25 Abs. 1 SGB III s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2016, 903

§ 25 Abs. 1 SGB III; § 7 Abs. 1 SGB IV; § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Der Minderheitsgesellschafter einer GmbH, der bei dieser – ohne deren Geschäftsführer zu sein – als leitender Angestellter tätig ist, verfügt auch nach auf ihn erfolgter rechtsgeschäftlicher Übertragung der Mehrheitsstimmrechte nicht über eine Stellung in der Gesellschafterversammlung, die ihn im Sinne des Sozialversicherungsrechts zu einem Selbstständigen macht.

BSG, Urt. v. 11. 11. 2015 – B 12 R 2/14 R –

Breith. 2016, 724

§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 7a Abs. 6 und 7 SGB IV;
§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V; § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 37 Abs. 2 SGB X;
§ 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI

Für den Beginn der aufgeschobenen Sozialversicherungspflicht des Beschäftigten nach einem durchgeführten Statusfeststellungsverfahren kommt es bereits auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe einer Entscheidung der Deutschen Rentenversicherung Bund über vorliegende „Beschäftigung“ an, nicht erst auf eine spätere – die

vorherige unzulässige Elementenfeststellung korrigierende – Entscheidung zur deswegen anzunehmenden „Versicherungspflicht“.

BSG, Urt. v. 24. 3. 2016 – B 12 R 3/14 R –

Breith. 2016, 977

§ 93 SGB III; § 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I

Durch Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung mit Festlegung eines Eingliederungsziels auf eine zukünftige Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit können grundsätzlich ermessenslenkende Festlegungen für die Gewährung eines Gründungszuschusses erfolgen. Enthält dagegen die Eingliederungsvereinbarung mit entsprechender Zielsetzung keine verbindlichen vertraglichen Verpflichtungen, ist aus der nur der Form nach bestehenden Eingliederungsvereinbarung (vorliegend Abschluss der Eingliederungsvereinbarung nach Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit) keine Ermessensbindung abzuleiten.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 24. 7. 2015 – L 8 AL 2364/14 – *Breith. 2016, 276*

§§ 119 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3, 138 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 SGB III

1. Meldet sich ein Arbeitsuchender jeweils nur für wenige Tage arbeitslos, um sich anschließend wieder wegen Kindererziehung für nicht verfügbar zu erklären, kann auch nach mehreren Arbeitslosmeldungen nicht allein daraus geschlossen werden, dass er nicht ernsthaft bereit gewesen ist, eine abhängige Beschäftigung aufzunehmen und es an seiner subjektiven Verfügbarkeit (Arbeitsbereitschaft) fehlt.

2. Die Feststellung einer inneren, subjektiven Tatsache, wie die konkrete Willensrichtung, von der die nach außen erkennbaren Handlungen einer Person getragen sind, kann grundsätzlich auch auf der Grundlage glaubhafter Angaben der handelnden Person zur vollen richterlichen Überzeugung getroffen werden. Ist der beweispflichtige Kläger grundsätzlich glaubwürdig, obliegt es der Beklagten solche objektiven Tatsachen beizubringen, die das Vorbringen des Klägers erschüttern.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 29. 1. 2016 – L 8 AL 2766/13 – *Breith. 2016, 462*

§ 142 Abs. 1 SGB III

Bei der Anwartschaftszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (§ 142 Abs. 1 SGB III) sind bei versicherungspflichtigen Gefangenen i.S.v. § 26 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1 SGB III nur die Tage zu berücksichtigen, an denen sie tatsächlich Arbeit gegen Entgelt geleistet haben (vgl. § 43 Abs. 2 StVollzG). Arbeitsfreie Tage sind nicht zu berücksichtigen, das gilt (entgegen einer früheren Praxis der Bundesanstalt für Arbeit) auch für Wochenenden und Feiertage, die von Tagen mit tatsächlicher Arbeitsleistung umrahmt werden.

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 20. 6. 2016 – L 20 AL 135/14 – *Breith. 2016, 1012*

§ 143 Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB III; § 164 Abs. 2 Satz 3 SGG; Art. 5 VO (EG) Nr. 883/2004

Wird bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses in Dänemark das auf einem dänischen Urlaubskonto angesparte Entgelt an den Arbeitnehmer ausbezahlt, ruht dessen Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen des Bezugs einer der Urlaubsabgeltung vergleichbaren Leistung für die Dauer des abgegoltenen Urlaubs.

BSG, Urt. v. 17. 3. 2016 – B 11 AL 4/15 R –

Breith. 2016, 1022

§§ 143 Abs. 3, 335 Abs. 3 Satz 2, Abs. 5 SGB III; §§ 28a, 28e, 28f Abs. 3 Satz 3, 28h Abs. 1, Abs. 2, 28p Abs. 1 Satz 3, Satz 5, 76 Abs. 1 SGB IV; § 33 Abs. 1 SGB X; §§ 208 Abs. 1, 209 Abs. 1 Nr. 3, 210 InsO

Das nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bestehende insolvenzrechtliche Vollstreckungsverbot für Massegläubiger hindert den prüfenden Rentenversicherungsträger nicht, rückständige Gesamtsozialversicherungsbeiträge gegenüber dem Insolvenzverwalter durch Leistungs-/Zahlungsbescheid festzusetzen.

BSG, Urt. v. 28. 5. 2015 – B 12 R 16/13 –

Breith. 2016, 236

§§ 150, 151 Abs. 1 Satz 2, 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III; §§ 1 Satz 2, 14 Abs. 1 SGB IV; Art. 62 Abs. 3, Art. 65 Abs. 5 Buchst. a) VO (EG) Nr. 883/2004

1. Bei dem in der Schweiz gewährten, zur schweizerischen Arbeitslosenversicherung beitragspflichtigen IV-Taggeld handelt es sich nicht um Arbeitsentgelt i.S.d. § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV, da es nicht auf einer Beschäftigung beruht bzw. im Zusammenhang mit einer Beschäftigung steht. Es entspricht dem Übergangsgeld nach deutschem Recht.

2. Das neben dem Bezug von IV-Taggeldern erzielte Einkommen aus einer während der Umschulung in der Schweiz ausgeübten entgeltlichen Praktikumsbeschäftigung ist bei der Bemessung von Arbeitslosengeld nach deutschem Recht nicht zu berücksichtigen.

3. Die grundsätzlich verfassungsgemäße fiktive Bemessung von Arbeitslosengeld zwingt auch bei Versicherten, die früher als Grenzgänger tätig waren, nicht, § 152 SGB III dahingehend verfassungskonform auszulegen, dass die Fiktivbemessung anstelle nach Qualifikationsgruppen nach gegebenenfalls höheren Tariflöhnen in der betreffenden Branche im Ausland vorzunehmen ist. Eine gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßende, sachwidrig unterbliebene Differenzierung liegt darin nicht. Eine solche Auslegung ergibt sich auch nicht aus internationalem Vertragsrecht, dem Abkommen der Schweizer Eidgenossenschaft mit der EU über Freizügigkeit bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland über Arbeitslosenversicherung.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 22. 7. 2016 – L 8 AL 15/16 –

Breith. 2016, 1005

§§ 175a, 354 SGB III; § 4 Abs. 1 SGB IV; Art. 12, Art. 14 GG; Art. 4 Abs. 1 Buchst. g VO (EWG) Nr. 1408/71

Ein Anspruch auf Winterbeschäftigungsförderung in Form von Mehraufwands-Wintergeld besteht nur für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden gewerblicher Arbeitnehmer, die in der Förderungszeit auf einem Arbeitsplatz im Inland eingesetzt werden.

BSG, Urt. v. 17. 3. 2016 – B 11 AL 3/15 R –

Breith. 2016, 933

§ 328 SGB III; §§ 22, 40 SGB II; § 39 Abs. 2 SGB X; § 96 Abs. 1 SGG; §§ 743 ff., 1361 BGB

Bewohnt eine leistungsberechtigte Person eine Wohnung, die im gemeinsamen Eigentum von ihr und anderen Personen steht, so kann die von der leistungsberechtigten Person an die anderen Miteigentümer zu zahlende Nutzungsentschädigung als Bedarf für die Unterkunft anzuerkennen sein.

BSG, Urt. v. 19. 8. 2015 – B 14 AS 13/14 R –

Breith. 2016, 369

Sozialgesetzbuch IV
– Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –

- §§ 1 Satz 2, 14 Abs. 1 SGB IV s. §§ 150, 151 Abs. 1 Satz 2,
 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2016, 1005*
- § 4 Abs. 1 SGB IV s. §§ 175a, 354 SGB III *Breith. 2016, 933*
- §§ 4 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV s. §§ 24 Abs. 1, 25 Abs. 1,
 27 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, 123, 344 Abs. 2 SGB III *Breith. 2016, 660*
- §§ 7, 7a SGB IV
- Die Tätigkeit als Intensivpflegerin für einen ambulanten Pflegedienst erfolgt im Rahmen eines freien Dienstverhältnisses (als sog. freie Mitarbeiterin), wenn die Pflegerin selbst bestimmen kann, welche und wie viele Schichten sie übernimmt und wenn sie bei der Durchführung der Pflege zwar die Vorgaben des Arztes (Behandlungsplan) und der Angehörigen der Pflegebedürftigen beachten muss, ansonsten aber keine Einzelweisungen des Pflegedienstes erfolgen.
- LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 23. 4. 2015 – L 11 R 3224/14 – *Breith. 2016, 244*
- §§ 7, 7a SGB IV s. § 1 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2016, 716*
- §§ 7, 7b, 7d, 7e, 7f SGB IV s. §§ 51 Abs. 1, 75 Abs. 2 und 5 SGG *Breith. 2016, 484*
- § 7 Abs. 1 SGB IV
- Die insbesondere für das Leistungsrecht der Arbeitsförderung entwickelte „Kopf und Seele“-Rechtsprechung, wonach bestimmte Angestellte einer Familiengesellschaft ausnahmsweise als Selbstständige zu betrachten sind, wenn sie faktisch wie ein Alleininhaber die Geschäfte der Gesellschaft nach eigenem Gutdünken führen, ist für die Statusbeurteilung im sozialversicherungsrechtlichen Deckungsverhältnis nicht heranzuziehen.
- BSG, Urt. v. 29. 7. 2015 – B 12 KR 23/13 R – *Breith. 2016, 637*
- § 7 Abs. 1 SGB IV s. § 25 Abs. 1 SGB III *Breith. 2016, 724*
- § 7 Abs. 1 SGB IV s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2016, 903*
- §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 7a Abs. 6 und 7 SGB IV s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2016, 977*
- §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV s. §§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 8 Abs. 2 Satz 1, 162 Nr. 1, 181, 185 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2016, 435*
- § 7a SGB IV s. §§ 6 Abs. 1a SGB VI *Breith. 2016, 431*
- § 7a Abs. 6 und 7 SGB IV; §§ 130 Abs. 1 und 3, 183 Satz 1 BGB
- Der Beschäftigte kann seine in einem Statusfeststellungsverfahren erklärte Zustimmung, dass die Sozialversicherungspflicht erst mit Bekanntgabe der Entscheidung

der Deutschen Rentenversicherung Bund eintreten soll, grundsätzlich auch noch nach Zugang der Zustimmungserklärung bei diesem Träger widerrufen.

BSG, Urt. v. 24. 3. 2016 – B 12 R 12/14 R – *Breith. 2016, 983*

§§ 9 Abs. 1, 88 Abs. 2, 89 Abs. 1 Sätze 1 und 2, 90, 90a Abs. 2, 94 Abs. 2 Satz 1 SGB IV s. §§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1, 161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V *Breith. 2016, 214*

§ 13 Abs. 1 Satz 2 SGB IV s. § 121 Abs. 3 SGB VII *Breith. 2016, 900*

§§ 14, 28p SGB IV; § 226 SGB V

Der Abfindungsbetrag für die Anwartschaft aus einer betrieblichen Altersversorgung ist kein beitragspflichtiges Arbeitsentgelt i.S.d. § 14 SGB IV.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 24. 3. 2015 – L 11 R 1130/14 – *Breith. 2016, 151*

§§ 14 Abs. 1 Satz 1, Satz 3, 17 Abs. 1 SGB IV s. § 31 SGB I *Breith. 2016, 522*

§ 15 Abs. 1 SGB IV; § 5 Abs. 1 Nr. 11, Abs. 5 SGB V

1. Auch bei Rentnern, die neben dem Rentenbezug keiner Beschäftigung nachgehen, führt nur eine „hauptberuflich“ ausgeübte selbstständige Tätigkeit in der gesetzlichen Krankenversicherung zum Ausschluss von der Versicherungspflicht als Rentner.

2. Ob eine Tätigkeit hauptberuflich ist, bestimmt sich auch in solchen Fällen danach, ob sie in vorausblickender Gesamtschau nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrem zeitlichen Aufwand die übrigen „Erwerbstätigkeiten“ zusammen deutlich übersteigt.

BSG, Urt. v. 29. 7. 2015 – B 12 KR 4/13 R – *Breith. 2016, 611*

§ 18 Abs. 1 SGB IV s. §§ 5 Abs. 1 Nr. 7, 10 Abs. 3, 240 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 SGB V *Breith. 2016, 391*

§ 19 SGB IV s. §§ 66, 76, 140 SGB V *Breith. 2016, 681*

§§ 28a, 28e, 28f Abs. 3 Satz 3, 28h Abs. 1, Abs. 2, 28p Abs. 1 Satz 3, Satz 5, 76 Abs. 1 SGB IV s. §§ 143 Abs. 3, 335 Abs. 3 Satz 2, Abs. 5 SGB III *Breith. 2016, 236*

§§ 29 Abs. 3, 30 Abs. 1, 89 Abs. 1 Satz 1 und 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV; §§ 1, 2, 4 Abs. 1, 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 53 Abs. 4, 194 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 1a, Abs. 2 Satz 2, 195 Abs. 1 bis 3, 197b Satz 1 und 2 SGB V; §§ 1 Satz 1, 193 Abs. 1 VVG

1. Aufsichtsbehörden haben für eine Aufsichtsmaßnahme das Verhalten der Krankenkassen zu qualifizieren und nach den jeweils speziell hierfür geltenden rechtlichen Vorgaben zu überprüfen.

2. Eine Krankenkasse darf weder ihre Mitglieder noch deren familienversicherte Angehörige weltweit bei Auslandsreisen gegen Krankheitskosten privat versichern.

BSG, Urt. v. 31. 5. 2016 – B 1 A 2/15 R – *Breith. 2016, 945*

§§ 47, 48, 48a Abs. 3, 50, 51 Abs. 6 Nr. 5 und 6, 56 Satz 1, Satz 2 Nr. 5, 57 SGB IV;
§§ 51 Abs. 1, 131 Abs. 4 SGG; § 17a Abs. 5 GVG

Die Vorschlagsliste einer Arbeitnehmervereinigung für die Wahl zum Verwaltungsrat einer Krankenkasse genügt schon dann den gesetzlichen Anforderungen an die „Gesamtzahl“ behördenfremder Unterzeichner, wenn mindestens 75 v.H. der Unterschriften, die jeweils zur Erreichung des Quorums notwendig sind, von diesem Personenkreis stammen.

BSG, Urt. v. 8. 9. 2015 – B 1 KR 28/14 R –

Breith. 2016, 604

§ 57 Abs. 3 SGB IV s. § 80 Abs. 1 Satz 4 SGB V

Breith. 2016, 18

Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung –

§§ 1, 2, 4 Abs. 1, 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 53 Abs. 4, 194 Abs. 1 Nr. 3,
Abs. 1a, Abs. 2 Satz 2, 195 Abs. 1 bis 3, 197b Satz 1 und 2 SGB V
s. §§ 29 Abs. 3, 30 Abs. 1, 89 Abs. 1 Satz 1 und 2,
90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Breith. 2016, 945

§§ 2 Abs. 1a, 13 Abs. 3 Satz 1 Alt. 2, 24a, 24b, 25, 26, 27 Abs. 1, 27a SGB V;
§ 1 Abs. 2, 8 Abs. 1 ESchG; Art. 3 Abs. 1 GG

Die Polkörperdiagnostik gehört nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung.

BSG, Urt. v. 12. 9. 2015 – B 1 KR 15/14 R –

Breith. 2016, 193

§§ 2 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 Satz 1 Altern. 2, 27 Abs. 1 Satz 1,
33 Abs. 1 Sätze 1 und 2, 34 Abs. 4 Satz 1 SGB V; § 2 Abs. 1 Satz 1, 31 Abs. 1 SGB IX;
Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG

1. Ein von vollständigem Haarverlust (alopecia areata universalis) betroffener Mann kann von der Krankenkasse die Versorgung mit einer Perücke nur dann beanspruchen, wenn sein Aussehen objektiv als entstellend wirkend empfunden werden kann (Ergänzung zu BSG, Urt. v. 23. 7. 2002 – B 3 KR 66/01 R – SozR 3-2500 § 33 Nr. 45).

2. Dass die Kahlköpfigkeit bei Frauen einen Anspruch auf Versorgung mit einer Perücke regelmäßig auslöst, während dies bei Männern nur ausnahmsweise – und dann in jüngeren Jahren – der Fall sein kann, verstößt nicht gegen das Verbot geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlung.

BSG, Urt. v. 22. 4. 2015 – B 3 KR 3/14 R –

Breith. 2016, 7

§ 5 Abs. 1 SGB V s. §§ 2, 9, 11 KVLG

Breith. 2016, 873

§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2016, 977

§§ 5 Abs. 1 Nr. 7, 10 Abs. 3, 240 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 SGB V; § 18 Abs. 1 SGB IV;
Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG

Im Rahmen der Bemessung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge sind bei der Zuordnung von Einnahmen des nicht gesetzlich krankenversicherten Ehegatten zum Versicherten nur für die im Gesetz und den Beitragsverfahrensgrundsätzen

Selbstzahler genannten unterhaltsberechtigten Kinder Freibeträge abzusetzen, nicht aber auch für pflichtversicherte unterhaltsberechtigzte Kinder.

BSG, Urt. v. 18. 11. 2015 – B 12 KR 21/14 R – *Breith. 2016, 391*

§§ 5 Abs. 1 Nr. 8, 11 Abs. 2 Satz 1, 40 Abs. 1 und Abs. 2 SGB V

s. §§ 1 Satz 1 Nr. 2, 9 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 Nr. 2,
43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 SGB VI

Breith. 2016, 146

§ 5 Abs. 1 Nr. 11, Abs. 5 SGB V s. § 15 Abs. 1 SGB IV

Breith. 2016, 611

**§§ 5 Abs. 1 Nr. 13, 16 Abs. 3a, 227, 240 SGB V; §§ 16 Abs. 1, Abs. 2 KSVG;
§§ 63 Abs. 1 Satz 1, 106a SGG**

1. Beitragsrückstände eines Mitglieds mindestens in Höhe von Beitragsanteilen für zwei Monate bei einer Vorgänger-Krankenkasse berechtigen bei Krankenkassenwechsel die nachfolgende Krankenkasse, das Ruhen des Leistungsanspruchs des Mitglieds festzustellen.

2. Der bestandskräftige Ruhensbescheid der Vorgänger-Krankenkasse entfaltet im Versicherungsverhältnis des Mitglieds zur nachfolgenden Krankenkasse weder Tatbestands- noch Feststellungswirkung.

3. Das Berufungsgericht kann Beteiligtenvorbringen nur dann als verspätet zurückweisen, wenn der Vorsitzende oder der hierzu befugte Berichterstatter dem betroffenen Beteiligten mit unterschriebener Verfügung eine Ausschlussfrist mit Belehrung gesetzt hat und diese hat zustellen lassen.

BSG, Urt. v. 8. 9. 2015 – B 1 KR 16/15 R – *Breith. 2016, 508*

§ 10 SGB V

1. Eine Verlängerung der Familienversicherung nach § 10 SGB V über das 25. Lebensjahr hinaus für die Dauer von höchstens zwölf Monaten wegen der Absolvierung eines Freiwilligendienstes gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 3 SGB V in der ab dem 1. 7. 2011 geltenden Fassung setzt nicht voraus, dass das Kind den Dienst zumindest teilweise nach dem 30. 6. 2011 zurückgelegt hat.

2. Der erforderliche ursächliche Zusammenhang zwischen der Absolvierung des Dienstes und der Verzögerung des Abschlusses der Ausbildung ist gegeben, wenn die Ableistung des Dienstes zumindest eine wesentliche Mitursache für die Verzögerung der Ausbildung ist.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20. 8. 2015 – L 5 KR 149/14 – *Breith. 2016, 197*

**§§ 10, 37 Abs. 1, 69, 132a SGB V s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 54 Abs. 5,
100, 153 Abs. 1, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a SGG**

Breith. 2016, 578

§§ 11 Abs. 6, 23 Abs. 1, 195 Abs. 1 SGB V

Krankenkassen sind nicht ermächtigt, Blutuntersuchungen einschließlich Beratung und Aufklärung für sich vegetarisch oder vegan ernärende Versicherte kraft Satzung zu bezuschussen.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 2. 6. 2016 – L 5 KR 66/15 KL – *Breith. 2016, 769*

§§ 12, 33 Abs. 1 SGB V

1. Sofern wegen der näheren Wohnungsumgebung des Versicherten besondere Anforderungen an den Rollstuhl zu stellen sind, beruht dies auf einem nichtmedizinischen Umstand, für den die Krankenversicherung nicht einzustehen hat. Es gilt ein abstrakter, von den Besonderheiten des jeweiligen Wohnortes unabhängiger Maßstab (BSG, Urt. v. 8. 5. 2011 – B 3 KR 7/10 R – SozR 4-2500 § 33 Nr. 34, RdNr. 34).

2. Ist aber die Erschließung des Nahbereichs ohne das begehrte Hilfsmittel wegen Schmerzen oder Behinderung unzumutbar, muss dieses geleistet werden (vgl. BSG, Urt. v. 12. 8. 2009 – B 3 KR 8/08 R, juris).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 1. 10. 2015 – L 6 KR 36/11 – *Breith. 2016, 297*

§§ 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 33 Abs. 1, 34 Abs. 4 SGB V; §§ 2 Abs. 1, 5 Nr. 1, 6 Abs. 1 Nr. 1, 31 Abs. 1, 69 Abs. 1 SGB IX; § 2 VersMedV; Art. 1 Abs. 2 UN-BRK
Eine Fingerendgliedprothese, die keine (wesentlichen) Gebrauchsvorteile bietet, keine Teilhabebeeinträchtigung ausgleicht, und deren Vorteile sich letztlich auf einen besseren Komfort und eine bessere Optik beschränken, fällt auch dann nicht in die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung, wenn damit unmittelbar ein fehlendes Körperteil ersetzt wird.

BSG, Urt. v. 30. 9. 2015 – B 3 KR 14/14 R – *Breith. 2016, 408*

§ 13 Abs. 3 Satz 1 SGB V; §§ 8 Abs. 1, 9 Abs. 1 bis 3 KVLG

Der Umfang der erforderlichen Betriebshilfe bemisst sich nach dem krankheitsbedingten Ausfall der Arbeitskraft des landwirtschaftlichen Unternehmers und dient der Erledigung der im Betrieb unaufschiebbar anfallenden Arbeiten durch die Ersatzkraft.

BSG, Urt. v. 25. 11. 2015 – B 3 KR 12/15 R – *Breith. 2016, 489*

§ 27 Abs. 1 Satz 1 SGB V; Art. 3 Abs. 1 GG

Versicherte ohne Brustanlage haben keinen Anspruch auf Brustvergrößerung, auch wenn Versicherten nach einer Brustamputation eine Brustrekonstruktion zusteht.

BSG, Urt. v. 8. 3. 2016 – B 1 KR 35/15 R – *Breith. 2016, 774*

§§ 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6, 125 Abs. 1 SGB V s. § 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI *Breith. 2016, 356*

§§ 31, 32, 33, 37, 38, 39, 40, 43b, 43c, 45, 60, 61, 62 SGB V
s. §§ 107, 111, 112, 113 SGB X *Breith. 2016, 1027*

§§ 35 Abs. 1, Abs. 1a, 106 Abs. 3, Abs. 3b Satz 6, 129 Abs. 1, 130a, 131, 300 SGB V;
§§ 4 Abs. 19, 24b Abs. 2 AMG; § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG; Art. 12 Abs. 1 GG

Ein Arzneimittel unterliegt als „patentfrei“ der Generikaabschlagspflicht, wenn sein Wirkstoff nicht (mehr) durch ein Patent oder ein ergänzendes Schutzzertifikat geschützt ist. Sonstige begleitende Patente sind insoweit unbeachtlich.

BSG, Urt. v. 30. 9. 2015 – B 3 KR 1/15 R – *Breith. 2016, 497*

§ 37 Abs. 2 Satz 1 SGB V s. §§ 3 Satz 1, 39 Abs. 1 und 3,
42 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 und 3, 43, 43a, 71, 72 SGB XI *Breith. 2016, 954*

§§ 39 Abs. 1, 87 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 115b Abs. 2 Satz 2 und 4, 275 Abs. 1c SGB V;
§ 1 Abs. 3 Satz 2 KHEntgG; Abschn. 4.1 Abs. 3, Abschn. 4.3.1 Abs. 1, Nr. 01436,
Nr. 08211, Nr. 32083, Nr. 32541, Nr. 32545, Nr. 32540 EBM-Ä; § 3 Abs. 3 KHG;
§ 170 Abs. 5 SGG

Die Fachbereichsgrenzen für ambulante Operationen eines Krankenhauses richten sich nach der zur Zeit der Leistungserbringung jeweils geltenden Weiterbildungsordnung.

BSG, Urt. v. 31. 5. 2016 – B 1 KR 39/15 R – *Breith. 2016, 950*

§§ 39 Abs. 1, 109, 112, 115a SGB V; §§ 1 Abs. 1, 6 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG;
§ 17b Abs. 1 KHG; § 184 Abs. 1 RVO

1. Versicherte können teilstationäre Krankenhausbehandlung in Gestalt mehrstündiger Behandlung an einzelnen getrennten Tagen erhalten (Aufgabe von BSG, Urt. v. 4. 3. 2004 – B 3 KR 4/03 R – BSGE 92, 223 = SozR 4-2500 § 39 Nr. 1).

2. Erhalten Versicherte teilstationäre Krankenhausbehandlung an einzelnen getrennten Tagen, bedarf es an jedem Tag einer Aufnahmeuntersuchung zur Prüfung der Erforderlichkeit.

BSG, Urt. v. 19. 4. 2016 – B 1 KR 21/15 R – *Breith. 2016, 857*

§§ 45 Abs. 1, Abs. 4, 49 Abs. 1 SGB V; § 189 Abs. 2 RVO; §§ 2, 3, 15 BEEG; §§ 1, 2, 4, 6, 15 BErzGG; Art. 3, Art. 6 GG

Die Vorschrift, die das Ruhen des Krankengeld-Anspruchs während der Elternzeit anordnet, erfasst nicht solche Krankengeld-Leistungen, die bereits vor Beginn der Elternzeit bezogen wurden.

BSG, Urt. v. 18. 2. 2016 – B 3 KR 10/15 R – *Breith. 2016, 863*

§§ 60 Abs. 1, 75 Abs. 1a, 76, 82 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB V; § 194 RVO; § 17 BMV-Ä;
§§ 54 Abs. 1, 55 Abs. 1 Nr. 1, 99, 164 Abs. 2, 168 SGG

1. Der Anspruch Versicherter auf Fahrkostenerstattung erfasst grundsätzlich nur die räumlich kürzeste Wegstreckendistanz zum nächsterreichbaren Leistungserbringer (Aufgabe von BSG, Urt. v. 20. 1. 1982 – 3 RK 72/80 = SozR 2200 § 368d Nr. 4).

2. Will ein Versicherter aus zwingenden medizinischen oder wertungsmäßig hiermit vergleichbaren Gründen nicht zum räumlich nächsterreichbaren Leistungserbringer, hat die Krankenkasse auch zusätzliche Fahrkosten zu dem nächsterreichbaren nicht ablehnungsfähigen Behandler zu übernehmen.

BSG, Urt. v. 8. 9. 2015 – B 1 KR 27/14 R – *Breith. 2016, 687*

§ 60 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Nr. 4 SGB V

1. Bei Nachuntersuchungen in Transplantationskrankenhäusern handelt es sich um ambulante Untersuchungen. Fahrtkosten für die An- und Abfahrt können inso-

weit gem. § 60 Abs. 2 Nr. 4 SGB V von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht übernommen werden.

2. Die Übernahme der Fahrtkosten kommt auch dann gem. § 60 Abs. 2 Nr. 4 SGB V nicht in Betracht, wenn die vollständige Nachuntersuchung von vornherein auf einen Tag angelegt ist und auch so durchgeführt wird.

3. Eine hohe Behandlungsfrequenz i.S.v. § 8 Abs. 2 der Krankentransport-Richtlinien ist auch bei unbefristeter Dauer jedenfalls dann nicht gegeben, wenn die Zahl der durchschnittlich 18 jährlichen Arztkontakte eines gesetzlich Versicherten unterschritten wird (LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 23. 1. 2013 – L 4 KR 17/10 – juris RdNr. 49).

4. Unter ein Therapieschema, das durch eine Grunderkrankung i.S.v. § 8 Abs. 2 der Krankentransport-Richtlinien vorgegeben ist, fällt nicht die Behandlung anderer Krankheiten, die wegen der Grunderkrankung verändert erfolgen muss. Auch Vorsorgeuntersuchungen wegen höherer Gefährdung gegenüber anderen Erkrankungen durch die Grunderkrankung fallen nicht darunter.

5. Die Tatbestände des § 8 Abs. 3 der Krankentransport-Richtlinien, die dort durch Verweisung auf andere Normenwerke einbezogen werden, sind nicht in jedem Fall gesondert zu prüfen. Ist jemand Versicherter in der Pflegepflichtversicherung bzw. liegen keine Hindernisse vor, Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht zu erwirken, kann er sowohl wegen der Voraussetzungen der Pflegestufe als auch wegen der Erfüllung der Voraussetzungen für bestimmte Merkmale auf die (ggf. noch zu treffenden) Feststellungen der insoweit zuständigen Stellen verwiesen werden.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 17. 12. 2015 – L 6 KR 31/13 –

Breith. 2016, 385

§§ 66, 76, 140 SGB V; § 19 SGB IV; §§ 31 Satz 1, 116 SGB X; § 54 Abs. 4, 5 SGG;
§§ 362, 630g, 811 BGB

1. Die Behandlung Versicherter in einer rechtlich unselbstständigen Eigeneinrichtung begründet zwischen Versicherten und Krankenkasse ein öffentlich-rechtliches Behandlungsverhältnis.

2. Der Anspruch Versicherter auf Einsichtnahme in ihre Patientenakten bei der rechtlich unselbstständigen Eigeneinrichtung ist gegen die Krankenkasse im Wege der echten Leistungsklage geltend zu machen.

3. Der Anspruch Versicherter auf Unterstützung bei der Verfolgung von Behandlungsfehlern ist gegen die Krankenkasse im Wege der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage geltend zu machen.

BSG, Urt. v. 8. 9. 2015 – B 1 KR 36/14 R –

Breith. 2016, 681

§§ 73, 75 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 6 Satz 1, 101 Abs. 4 SGB V; §§ 39, 47 Abs. 1 Nr. 1, 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X; §§ 21 Satz 1, 32 Abs. 1 Satz 2 Ärzte-ZV

1. Auch ein ausschließlich psychotherapeutisch tätiger Arzt, der mehr als zehn Jahre von der Teilnahme am ärztlichen Bereitschaftsdienst befreit war, kann von der Kassenärztlichen Vereinigung (KÄV) nach einer angemessenen Übergangszeit zur Fortbildung wieder zur Mitwirkung am Bereitschaftsdienst herangezogen werden.

2. Die KÄV darf einen Arzt, von dem feststeht, dass er nicht zur persönlichen Ausübung des Bereitschaftsdienstes geeignet ist, nicht zur Dienstleistung einteilen,

solange nicht sichergestellt ist, dass der Dienst jeweils von einem anderen, geeigneten Arzt übernommen wird (Klarstellung zu BSG, Urt. v. 6. 2. 2008 – B 6 KA 13/06 R – SozR 4-2500 § 75 Nr. 7).

3. Die KÄV kann gegen einen Arzt, der sich weigert, an geeigneten Fortbildungsmaßnahmen zur Wiedergewinnung der Eignung für die persönliche Ausübung des Bereitschaftsdienstes teilzunehmen, Disziplinarmaßnahmen ergreifen.

BSG, Urt. v. 19. 8. 2015 – B 6 KA 41/14 R –

Breith. 2016, 513

§§ 73 Abs. 1 Sätze 3 und 4, 116 Sätze 1 und 2 SGB V; § 31a Ärzte-ZV;
Art. 20 Abs. 3 GG

Einem Arzt für Kinder- und Jugendmedizin darf eine Ermächtigung zur Erbringung von Leistungen für Erwachsene nicht erteilt werden, auch wenn er über eine Schwerpunktbezeichnung (hier: Kinderkardiologie) oder eine Zusatzqualifikation verfügt.

BSG, Beschl. v. 28. 10. 2015 – B 6 KA 12/15 B –

Breith. 2016, 597

§§ 73 Abs. 7, 82 Abs. 1, 98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V; § 33 Ärzte-ZV;
§ 15a Abs. 2 Satz 2 BMV-Ä

Der Genehmigung einer Teil-Berufsausübungsgemeinschaft steht nicht entgegen, dass ein vollständiger Leistungskomplex vergesellschaftet werden soll.

BSG, Urt. v. 25. 3. 2015 – B 6 KA 21/14 R –

Breith. 2016, 303

§§ 75 Abs. 1, 77 Abs. 3, 82 Abs. 1, 85 Abs. 4b, 92 Abs. 1, 95, 98 Abs. 2 Nr. 10,
103 SGB V; §§ 4, 19a, 20, 24, 33 Zahnärzte-ZV; §§ 4, 19a, 20, 24, 33 Ärzte-ZV;
§ 1a Nr. 15 und Nr. 16 BMV-Ä; Art. 12 Abs. 1 GG

Einem Vertragszahnarzt, der seinen Versorgungsauftrag auf die Hälfte beschränkt hat, kann eine zweite Teilzulassung mit hälftigem Versorgungsauftrag erteilt werden.

BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 6 KA 11/14 R –

Breith. 2016, 311

§§ 75 Abs. 1, 82 Abs. 1, 84 Abs. 1 Satz 4, 87a Abs. 3 Satz 1, 106 Abs. 5a,
Abs. 5c SGB V; § 48 Abs. 2 EKV-Ä; § 52 Abs. 1, Abs. 2 BMV-Ä

Bei einem Richtgrößenregress reduziert sich die Gesamtvergütung grundsätzlich unabhängig davon um den festgesetzten Regressbetrag, ob die Kassenärztliche Vereinigung die Regressforderung gegenüber dem Vertragsarzt durchsetzen kann.

BSG, Urt. v. 28. 10. 2015 – B 6 KA 15/15 R –

Breith. 2016, 399

§ 80 Abs. 1 Satz 4 SGB V; § 57 Abs. 3 SGB IV; §§ 64 Abs. 2, 131 Abs. 4 SGG;
Art. 20 Abs. 2, Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG

1. Die Anfechtung der Wahl der Mitglieder in Ausschüssen der Vertreterversammlung einer Kassenzahnärztlichen Vereinigung kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgen.

2. Zur Geltung des Prinzips der Spiegelbildlichkeit im Bereich der Kassen(zahn)-ärztlichen Vereinigungen.

BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 6 KA 4/14 R –

Breith. 2016, 18

§§ 81 Abs. 4, 95d SGB V; § 42 Satz 1 SGB X; § 268m Abs. 5 RVO; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 103 Abs. 2 GG

1. Wenn ein Vertragsarzt den Nachweis über die fachliche Fortbildung erst nach Ablauf des Fünfjahreszeitraums vorlegt, hat dies keine Honorarkürzung zur Folge, wenn der Nachweis noch vor Beginn des darauffolgenden Quartals nachgeholt wird.

2. Zur Verfassungsmäßigkeit bundesgesetzlicher Regelungen zur Fortbildungspflicht von Vertragsärzten.

BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 6 KA 19/14 R –

Breith. 2016, 322

§§ 82 Abs. 1, 98 Abs. 13a SGB V s. § 33 Abs. 2 und 3 Ärzte-ZV *Breith. 2016, 116*

§§ 84 Abs. 6, 106 Abs. 2, Abs. 5a, Abs. 5d SGB V; §§ 35 Abs. 2, 55 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 InsO; § 42 Satz 1 SGB X

1. Arzneikostenregresse gegen einen Vertragsarzt wegen Überschreitung von Richtgrößen aus einer Zeit, in der der Arzt die Praxis nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit Billigung des Insolvenzverwalters fortgeführt hat, sind keine Masseverbindlichkeiten.

2. Die Prüfungsgremien müssen dem Vertragsarzt in jedem Stadium des Verfahrens bis zum Abschluss der letzten Tatsacheninstanz eine Vereinbarung zur Minderung des Erstattungsbetrags anbieten, solange der Arzt nicht deutlich macht, an einer solchen Regressminderung zur Vermeidung eines förmlichen Festsetzungsverfahrens nicht interessiert zu sein.

BSG, Urt. v. 15. 7. 2015 – B 6 KA 30/14 R –

Breith. 2016, 203

§§ 95 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, 98 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 10 SGB V; § 19a Abs. 2, 20 Abs. 1 Satz 1, 32 Abs. 1 Satz 1 Ärzte-ZV; §§ 62, 128 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 103 Abs. 1 GG

Auch nach den zum 1. 1. 2012 in Kraft getretenen Änderungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz steht eine vollzeitige Beschäftigung oder sonstige nicht ehrenamtliche Tätigkeit der Erteilung einer Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung entgegen.

BSG, Urt. v. 16. 12. 2015 – B 6 KA 19/15 R –

Breith. 2016, 585

§ 103 SGB V; § 8 SGB X; §§ 54 Abs. 1 Satz 2, 131 Abs. 1 Satz 3 SGG

Beschränkt ein unterlegener Mitbewerber seine Anfechtungsklage auf einen von mehreren erfolgreichen Konkurrenten und erklärt dieser Konkurrent im Laufe des Verfahrens seinen Verzicht auf die erteilte Zulassung, hat sich damit das Zulassungsverfahren für den Mitbewerber erledigt.

BSG, Urt. v. 15. 7. 2015 – B 6 KA 31/14 R –

Breith. 2016, 694

§ 127 Abs. 2, Abs. 2a SGB V; §§ 53 Satz 1, 54 Abs. 1 Satz 1 HwO; Art. 2 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG

1. Das einzelnen Leistungserbringern von Hilfsmitteln gegen eine Krankenkasse zustehende Informationsrecht über die Inhalte abgeschlossener Versorgungsver-

träge ist Annex ihres Beitrittsrechts und steht den insoweit nicht beitragsberechtigten Zusammenschlüssen der Leistungserbringer von Hilfsmitteln nicht zu.

2. Es ist nicht Aufgabe einer Innung, den Wettbewerb der Mitgliedsbetriebe zu gestalten oder zu lenken.

BSG, Urt. v. 22. 4. 2015 – B 3 KR 2/14 R –

Breith. 2016, 112

§§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1, 161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V; §§ 9 Abs. 1, 88 Abs. 2, 89 Abs. 1 Sätze 1 und 2, 90, 90a Abs. 2, 94 Abs. 2 Satz 1 SGB IV; § 31 Satz 1 SGB X; §§ 54 Abs. 1 und 3, 103, 163, 164 Abs. 2 SGG; § 1 Abs. 2, 6 Abs. 1 HwO; Art. 87 Abs. 2 Satz 2 GG

Der Zuständigkeitsbereich für die Aufsicht über eine geöffnete Innungskrankenkasse ergibt sich aus der räumlichen Verteilung der festen Arbeitsstätten der von der Handwerksrolle erfassten Innungsbetriebe, die der IKK angehören.

BSG, Urt. v. 10. 3. 2015 – B 1 A 10/13 R –

Breith. 2016, 214

§§ 223, 226, 241 SGB V s. §§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2016, 785*

§ 226 SGB V s. §§ 14, 28p SGB IV

Breith. 2016, 151

§ 226 Abs. 1 und Abs. 2 SGB V; § 57 Abs. 1 Satz 1 SGB XI

1. Der Beitragspflicht von – zur Sicherung eines Darlehens abgetretener – Kapitalleistungen aus einer Direktversicherung steht nicht entgegen, dass die Versicherungssumme bei Fälligkeit auf einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss hin an eine Bank ausgezahlt wurde.

2. Weder ein vor Auszahlung der Summe an die Bank eingeleitetes Privatinsolvenzverfahren noch die daran anschließende Wohlverhaltensphase noch die insolvenzrechtliche Wirkung einer nach Auszahlung erteilten Restschuldbefreiung stehen der Beitragspflicht entgegen, wenn der Beitragsschuldner schon durch die Auszahlung an die Bank dieser gegenüber von einer Verbindlichkeit befreit wurde.

BSG, Urt. v. 16. 12. 2015 – B 12 KR 19/14 R –

Breith. 2016, 962

Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung –

§ 1 Abs. 1 Satz 1 SGB VI; §§ 7, 7a SGB IV; §§ 24, 25 SGB III

Der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung unterliegen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind. Hingegen ist ein Arzt, der für niedergelassene Ärzte zwei- bis dreimal im Monat den Nachtdienst übernimmt, kein Arbeitnehmer und mithin selbstständig, wenn er nicht in den Arbeitsablauf der Praxis eingegliedert ist und keinen Weisungen der Praxisinhaber unterliegt.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20. 4. 2016 – L 4 R 318/14 –

Breith. 2016, 716

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. § 25 Abs. 1 SGB III

Breith. 2016, 724

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2016, 977

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 25 Abs. 1 SGB III; § 7 Abs. 1 SGB IV; § 626 BGB;
§ 38 Abs. 2 GmbHG

Ein dem Minderheitsgesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH in einem Anstellungsvertrag mit der GmbH außerhalb des Gesellschaftsvertrags eingeräumtes Veto-Recht gegen mehrheitlich gefasste Beschlüsse der Gesellschafterversammlung rechtfertigt nicht die Annahme seines sozialversicherungsrechtlichen Status als Selbstständiger.

BSG, Urt. v. 11. 11. 2015 – B 12 KR 10/14 R –

Breith. 2016, 903

§§ 1 Satz 1 Nr. 2, 9 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 Nr. 2, 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 SGB VI; §§ 5 Abs. 1 Nr. 8, 11 Abs. 2 Satz 1, 40 Abs. 1 und Abs. 2 SGB V;
§§ 5 Nr. 1, 6 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4, 14 Abs. 1 und Abs. 4 SGB IX;
Art. 3 Abs. 3 GG; Art. 5 Abs. 2 UNBehRÜbk

Auch voll erwerbsgeminderte Menschen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) tätig sind, haben Anspruch auf medizinische Leistungen, um das für eine Tätigkeit in einer WfbM und damit die Versicherungspflicht in der Renten- und Krankenversicherung erforderliche Restleistungsvermögen zu erhalten oder nach einer Krankheit wiederherzustellen. Der Anspruch hierauf richtet sich jedoch nicht gegen den Träger der Rentenversicherung, sondern gegen die Krankenkassen als Träger der gesetzlichen Krankenversicherung.

BSG, Urt. v. 16. 6. 2015 – B 13 R 12/14 R –

Breith. 2016, 146

§ 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 31 SGB X; §§ 29, 54 Abs. 1 Satz 1 Altern. 2, 55 Abs. 1 Nr. 1, 56, 99 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 2, 123, 153 Abs. 1 SGG; § 2 Abs. 1 RDG;
Art. 2 Abs. 1 GG

Beratertätigkeiten unterscheiden sich rechtlich wesentlich von der Tätigkeit als Lehrer und sind deshalb von der Versicherungspflicht nicht erfasst.

BSG, Urt. v. 23. 4. 2015 – B 5 RE 23/14 R –

Breith. 2016, 59

§ 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI; §§ 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6, 125 Abs. 1 SGB V; §§ 136 Abs. 1 Nr. 6, 161 Abs. 4, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG

Selbstständig tätige Logopäden, die keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, sind jedenfalls dann versicherungspflichtig in der Rentenversicherung, wenn sie überwiegend aufgrund (vertrags-)ärztlicher Verordnung handeln.

BSG, Urt. v. 23. 7. 2015 – B 5 RE 17/14 R –

Breith. 2016, 356

§ 2 Satz 1 Nr. 9 Buchst. a und b SGB VI; § 123 SGG

Ein Unternehmen, das anderen Personen die Vermarktung von Produkten nach einem so genannten Empfehlungsmarketing überlässt, ist auch ohne vertragliche Beziehung zu diesen Personen Auftraggeber (§ 2 Satz 1 Nr. 9 Buchst. b SGB VI), wenn das Unternehmen die zu vermarktenden Produkte herstellt, das Marketing-system vorgibt und die Voraussetzungen für die Auszahlung einer Provision sowie deren Höhe festlegt.

BSG, Urt. v. 23. 4. 2015 – B 5 RE 21/14 R –

Breith. 2016, 51

§§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 8 Abs. 2 Satz 1, 162 Nr. 1, 181, 185 Abs. 1 Satz 1 SGB VI;
§§ 7 Abs. 1 Satz 1, 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Anwärterbezüge, die nach Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf bis zum Monatsende weitergezahlt werden, sind bei der Nachversicherung als beitragspflichtige Einnahmen zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 2. 11. 2015 – B 13 R 17/14 R –

Breith. 2016, 435

§§ 6 Abs. 1a SGB VI; § 7a SGB IV

1. Ein Bescheid der DRV Bund nach § 7a SGB IV wird nicht gemäß § 96 SGG Gegenstand eines Klageverfahrens, in dem die auf der Grundlage von § 6 Abs. 1a Satz 1 SGB VI ergangene (ablehnende) Entscheidung des Rentenversicherungsträgers angefochten wird.

2. Das Antragsverfahren nach § 7a SGB IV ist gegenüber einem auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht als Selbständiger gerichteten Verwaltungsverfahren vorgreiflich. Nicht (mehr) vorgreiflich ist ein Verfahren, in dem die Aufhebung eines bestandskräftig gewordenen Bescheides nach § 7a SGB IV erstrebt wird.

3. Wird in einem bestandskräftig gewordenen Bescheid nach § 7a SGB IV festgestellt, dass eine abhängige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt, kann für diese Beschäftigung oder Tätigkeit keine Befreiung aufgrund von § 6 Abs. 1a SGB VI mehr erteilt werden.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 26. 1. 2016 – L 11 R 3854/13 –

Breith. 2016, 431

§§ 9, 10, 15, 16 SGB VI; §§ 14, 26 Abs. 2, 31, 33 Abs. 8 Satz 1 Nr. 4, Nr. 5 SGB IX

Ein täglich mehrfach höhenverstellbarer Schreibtisch (sog. Steh-Sitzdynamik) kann ein dem Versicherten von der gesetzlichen Rentenversicherung als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 9, 16 SGB VI, 33 Abs. 8 Satz 1 Nr. 4 SGB IX) zu verschaffendes Hilfsmittel zur Berufsausübung darstellen.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 2. 3. 2016 – L 6 R 504/14 –

Breith. 2016, 529

§§ 46 Abs. 1, Abs. 2, 97, 100 Abs. 3 Satz 1 SGB VI; §§ 45 Abs. 3, 48 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1, 50 Abs. 1 SGB X

Die rückwirkende Aufhebung einer Rentenbewilligung zu Lasten eines gesetzwidrig Begünstigten ist ausgeschlossen, wenn zu Beginn des Aufhebungsverfahrens die Rente nicht mehr gezahlt wurde und der das Ende der Rentenzahlung verfügende Verwaltungsakt bereits bestandskräftig war (Fortführung von BSG, Urt. v. 1. 7. 2010 – B 13 R 77/09 R – SozR 4-1300 § 48 Nr. 18).

BSG, Urt. v. 2. 11. 2015 – B 13 R 27/14 R –

Breith. 2016, 540

§ 129 SGB VI s. § 121 Abs. 3 SGB VII

Breith. 2016, 900

§§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI; §§ 223, 226, 241 SGB V; §§ 54, 55, 57 SGB XI; §§ 13 Nr. 11, 31, 80 ff. BVerfGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Art. 100 Abs. 1 GG

Eltern können von Verfassungen wegen nicht verlangen, wegen ihres Aufwands für die Betreuung und Erziehung von Kindern weniger Beiträge als einfachrechtlich

geregelt zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie zur sozialen Pflegeversicherung zahlen zu müssen.

BSG, Urt. v. 30. 9. 2015 – B 12 KR 15/12 R –

Breith. 2016, 785

Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung –

§§ 2, 8 Abs. 1 Satz 2 SGB VII

Das berufliche Herausheben einer 17,1 kg schweren, auf Schulterhöhe angebrachten Last aus einem Fahrzeug führt zu keiner Belastung der an dieser Kraftentfaltung beteiligten Organsysteme, die die Intensität eines vergleichbaren alltäglich vorkommenden Ereignisses übersteigt. Eine hierauf zurückgeführte Bandscheibenerkrankung der Halswirbelsäule – bei unterstellter äußerer Einwirkung im Rechtsinne – ist nicht wesentlich kausal durch die versicherte Verrichtung verursacht.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 18. 3. 2016 – L 8 U 3578/15 – *Breith. 2016, 884*

§§ 2 Abs. 1, 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 SGB VII

1. Ein Unternehmen der Forstwirtschaft liegt vor bei einem Nutzungsrecht an einem Forstgrundstück, also einem Waldgrundstück, das die Gewinnung von Forsterzeugnissen ermöglicht.

2. Es ist weder eine bestimmte Mindestgröße noch ein bestimmtes Mindestmaß an Arbeitsaufwand erforderlich.

3. Wegen der die Forstwirtschaft prägenden langen Bewirtschaftungszeiträume besteht die – widerlegbare – Vermutung, dass bei bestehenden Nutzungsrechten an forstwirtschaftlichen Flächen auch bei im Einzelfall fehlenden konkreten Bewirtschaftungsmaßnahmen eine forstwirtschaftliche Tätigkeit und damit die Eigenschaft des Nutzungsberechtigten als forstwirtschaftlicher Unternehmer gegeben ist.

4. Die Vermutung der forstwirtschaftlichen Betätigung ist widerlegt, wenn das Grundstück in einem Naturschutzgebiet liegt und dort eine forstwirtschaftliche Nutzung des Waldgebietes ausgeschlossen ist.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 8. 7. 2015 – L 8 U 77/12 –

Breith. 2016, 425

§§ 2 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 2 Satz 1, 123, 124 Nr. 1 SGB VII

1. Das Wohnhaus eines landwirtschaftlichen Unternehmers mit 2,31 ha forstwirtschaftlichen Nutzflächen, 0,13 ha Hopfenanbau und 2,48 ha landwirtschaftlichen Nutzflächen ohne Großviehhaltung, das sich zwar in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Nutzflächen befindet, aber sich ansonsten nicht von anderen Wohnungen unterscheidet, begründet keinen Haushalt, der dem landwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des § 124 Nr. 1 SGB VII wesentlich dient.

2. Die Erfüllung von Verpflichtungen, die der Übernehmer eines landwirtschaftlichen Unternehmens gegenüber seinen Eltern im Hofübergabe- oder Altenteilvertrag eingeht, insbesondere soweit sie den Unterhalt seiner Eltern betreffen, stellen nicht schon deshalb eine nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. §§ 123 f. SGB VII versicherte Tätigkeit eines landwirtschaftlichen Unternehmers dar, weil ihre Übernahme die Voraussetzung für den Erwerb des Betriebs darstellte. Es würde über den Schutzzweck dieser Normen hinausgehen, wenn an sich rein private Tätigkeiten in Erfül-

lung der Unterhaltspflicht zwischen Eltern und Kindern durch ihre Vereinbarung in Hofübergabeverträgen dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung unterstellt würden.

3. Ein Beschäftigter, der auf dem Grundstück seines Arbeitgebers mit dessen Duldung Bäume fällt, um Brennholz für den Eigenbedarf zu gewinnen und ohne dazu arbeitsvertraglich verpflichtet zu sein, handelt selbst dann nicht als Wie-Beschäftigter seines Arbeitgebers i.S.d. § 2 Abs. 2 Satz 1 SGB VII, wenn dieser an der Entfernung der Bäume ein Interesse hat.

Bay. LSG, Urt. v. 11. 11. 2015 – L 2 U 308/13 –

Breith. 2016, 419

§§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b, 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

Gruppenprojektarbeit, bei dem der schulorganisatorische Rahmen gelockert wird, kann eine organisatorisch von der Schule getragene Unternehmung sein, auch wenn sie im häuslichen Bereich stattfindet. Wenn die Schule den minderjährigen Schülern die Entscheidung überlässt, ob und wie sie eine Unterrichtsaufgabe erledigen und sie dann nicht mehr beaufsichtigt, führt dieser „aufgelockerte“ Schulunterricht nicht dazu, dass die gesetzliche Schülerunfallversicherung entfällt. Der Schutzbereich der Unfallversicherung deckt diese Formen modernen Unterrichts ab.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 17. 3. 2016 – L 6 U 4904/14 –

Breith. 2016, 698

§§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. c, 8 Abs. 1, 2 SGB VII

Der Versicherte trägt die Beweislast dafür, dass sich durch das Unfallereignis ein Risiko verwirklicht hat, vor dem gerade die Wegeunfallversicherung Schutz gewähren soll.

BSG, Urt. v. 17. 12. 2015 – B 2 U 8/14 R –

Breith. 2016, 892

§ 2 Abs. 1 Nr. 14a SGB VII

1. Die Beifügung einer Rechtsfolgenbelehrung ist nicht konstitutiv für den Unfallversicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 14a SGB VII.

2. Die Aufforderung, sich schriftlich oder per E-Mail bei einem potentiellen Arbeitgeber zu bewerben umfasst – im Hinblick auf den Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 14a SGB VII – auch das persönliche Vorstellungsgespräch beim Arbeitgeber.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 20. 7. 2015 – L 1 U 5238/14 –

Breith. 2016, 38

§§ 2 Abs. 2, 8 SGB VII

Zu den Grenzen des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes eines engen, mit dem privaten Bauherrn unter einem Dach wohnenden Familienangehörigen im Rahmen der familienhaften Mithilfe.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 14. 6. 2016 – L 9 U 842/16 –

Breith. 2016, 969

§ 2 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 2 Satz 1 SGB VII

Eine arbeitnehmerähnliche unversicherte Gefälligkeitsleistung liegt auch dann vor, wenn der wirtschaftliche Vorteil aus der zum Unfall führenden Tätigkeit zwar unmittelbar einer juristischen Person zugute kommt, jedoch das Gesamtbild der beab-

sichtigten und ausgeführten Tätigkeit von der Handlungstendenz geprägt ist, dem Mitgesellschafter der juristischen Person als Verwandtem einen Gefallen zu erweisen.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 29. 1. 2016 – L 8 U 2950/14 – *Breith. 2016, 627*

§§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

1. Unternehmerische Vorbereitungshandlungen werden vom Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung erfasst, wenn sie eine sehr enge sachliche, zeitliche und örtliche Beziehung zur versicherten Haupttätigkeit des Unternehmers aufweisen.

2. Ein Weg wird insbesondere dann im unmittelbaren Betriebsinteresse zurückgelegt und steht somit im sachlichen Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit, wenn Ausgangspunkt, Ziel, Streckenführung und das gewählte Verkehrsmittel durch betriebliche Gründe geprägt werden (Anschluss an BSG, Urt. v. 9. 11. 2010 – B 2 U 14/10 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 39).

3. Bei einer Verrichtung mit gemischter Motivationslage ist ein sachlicher Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit gegeben, wenn die konkrete Verrichtung, so wie sie durchgeführt wurde, objektiv eine versicherungsbezogene Handlungstendenz erkennen lässt. Diese fehlt, wenn sich in der den konkreten Unfallschaden stiftenden Situation ein allein aus privaten Motiven begründetes (motorrad-)spezifisches Risiko verwirklicht hat.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 3. 9. 2015 – L 6 U 96/13 – *Breith. 2016, 127*

§§ 7, 8 SGB VII; §§ 12, 39, 105, 111 SGB X

1. Auf dem Heimweg vom Arbeitsplatz besteht grundsätzlich der Schutz der Wegeunfallversicherung gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII.

2. Grundsätzlich kann die Alkoholisierung des Versicherten als wesentliche konkurrierende Unfallursache in Betracht kommen.

3. Bei einer relativen Fahruntüchtigkeit mit einer Blutalkoholkonzentration von unter 1,1 Promille kann aus weiteren – objektiv festzustellenden – Beweisanzeichen in Form von alkoholtypischen Ausfallerscheinungen darauf geschlossen werden, dass der Versicherte wegen der Folgen des Alkoholgenußes fahruntüchtig und damit der Alkoholgenuß die überragende Ursache für das Unfallereignis war.

4. Die objektive Beweislast für das Vorliegen solcher weiteren Beweisanzeichen trägt die Beklagte.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 16. 3. 2016 – L 8 U 71/12 – *Breith. 2016, 778*

§§ 7 Abs. 1, 9 Abs. 1 und 2 SGB VII s. Anl. 1 Nr. 2402 BKV *Breith. 2016, 619*

§ 9 Abs. 1 SGB VII s. §§ 107, 111, 112, 113 SGB X *Breith. 2016, 1027*

§ 9 Abs. 1 SGB VII; Anl. 1 Nr. 2108 BKV

Bei fehlendem Konsens in der Konsensarbeitsgruppe zur Erstellung medizinischer Beurteilungskriterien zu bandscheibenbedingten Berufskrankheiten der Lendenwirbelsäule ist im Rahmen der Amtsermittlung festzustellen, ob im konkreten Einzelfall individuelle Umstände vorliegen, die nach dem aktuellen wissenschaftlichen

Erkenntnisstand den Ursachenzusammenhang als hinreichend wahrscheinlich erscheinen lassen.

BSG, Urt. v. 23. 4. 2015 – B 2 U 6/13 R –

Breith. 2016, 134

§ 9 Abs. 1 SGB VII; Anl. 1 Nr. 2108 BKV; § 163 SGG

Das Revisionsgericht ist an die einen medizinischen Erfahrungssatz betreffende Feststellung des Berufungsgerichts gebunden, wenn es nach eigener Überprüfung nicht feststellen kann, dass dieser offensichtlich falsch ist bzw. offenkundig nicht mehr dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht.

BSG, Urt. v. 23. 4. 2015 – B 2 U 10/14 R –

Breith. 2016, 224

§ 9 Abs. 1 SGB VII; Anl. 1 Nr. 4302 BKV; §§ 143, 144, 151 SGG

Die bei der Klägerin bestehende Asthmaerkrankung ist nicht durch chemisch-irritative, toxische oder allergisierend wirkende Stoffe aus dem beruflichen Umfeld wesentlich ursächlich bedingt. Es handelt sich vielmehr um ein Intrinsic-Asthma bronchiale, teilweise ausgelöst durch exogene Faktoren, und somit um eine schicksalhafte Erkrankung. Die Anerkennung als Berufskrankheit nach der Nr. 4302 der Anl. zur BKV ist nicht möglich.

Bay. LSG, Urt. v. 24. 5. 2016 – L 3 U 385/14 –

Breith. 2016, 708

§ 46 Abs. 3 Satz 2 SGB VII

Unter § 46 Abs. 3 Satz 2 SGB VII (Ende des Verletztengeldanspruchs) fallen nur qualifizierte Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, die einen Übergangsgeldanspruch auslösen.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 18. 1. 2016 – L 1 U 4104/14 –

Breith. 2016, 336

§ 56 SGB VII

1. Die Arthroskopie ist der „Goldstandard“ aller bildgebenden Verfahren in der Gelenksdiagnostik. An zweiter Stelle steht das MRT, das nicht nur Verletzungen und Schäden an Bändern, Labrum, Menisken und der Gelenkkapsel, sondern auch am Knorpel und Knochen erkennbar macht. Es ist zur Abgrenzung degenerativer von traumatischer Schädigung besonders dann geeignet, wenn es zeitnah zum Unfallereignis erfolgt.

2. Eine direkte Gewalteinwirkung auf das Kniegelenk kann keine isolierte Meniskusverletzung hervorrufen.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 22. 7. 2015 – L 6 U 2394/15 –

Breith. 2016, 29

§§ 56 Abs. 3, 59 Abs. 1, 82 Abs. 2 Satz 1 SGB VII s. § 31 SGB I

Breith. 2016, 522

§ 121 Abs. 3 SGB VII; § 129 SGB VI; § 13 Abs. 1 Satz 2 SGB IV

Ein für das Seelotsrevier Nord-Ostsee-Kanal I bestallter Seelotse erfüllt nicht die persönlichen Voraussetzungen für den Anspruch auf Überbrückungsgeld aus der Seemannskasse, weil er als Selbstständiger in der Seefahrt an Bord tätig ist.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 23. 3. 2016 – L 5 R 117/14 –

Breith. 2016, 900

§ 175 SGB VII; §§ 102 ff., 111 SGB X; § 37 Satz 1 Halbs. 1 SGB I

Der Lastenausgleichsanspruch einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gegen einen anderen Unfallversicherungsträger unterliegt nicht der gesetzlichen Ausschlussfrist für Erstattungsansprüche der Leistungsträger.

BSG, Urt. v. 23. 7. 2015 – B 2 U 15/14 R –

Breith. 2016, 349

Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe –

§§ 55 Abs. 2, 85 Abs. 1, 97 SGB VIII; §§ 86, 103 Abs. 1, 104 SGB X;
§ 54 Abs. 5 SGG

1. Die Leistungspflicht des auf Erstattung in Anspruch genommenen Leistungsträgers ist grundsätzlich durch die gegenüber dem Leistungsberechtigten ergangenen Bescheide begrenzt. Rechtsgrund für dieses Akzeptieren-müssen der ablehnenden Leistungsbescheide ist das geltende gegliederte und auf dem Prinzip der Aufgabenteilung beruhende Sozialleistungssystem und die Verpflichtung der Sozialleistungsträger zur engen Zusammenarbeit gemäß § 86 SGB X.

2. Der erstattungsbegehrende Leistungsträger kann sich auf eine Unrichtigkeit der Bescheide jedenfalls dann nicht berufen, wenn er berechtigt war, das Verwaltungsverfahren für den Leistungsberechtigten selbst zu betreiben.

3. Vorliegend hätte der erstattungsberechtigte Jugendhilfeträger gemäß § 97 SGB VIII die Bewilligung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem BSHG für den Leistungsberechtigten im eigenem Namen geltend machen können und wäre bei einer Feststellung der Leistungspflicht des Sozialhilfeträgers aus seiner Pflicht zur Vorleistung entlassen worden.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 27. 11. 2014 – L 8 SO 34/12 –

Breith. 2016, 69

§ 97 Satz 1 SGB VIII s. § 60 Abs. 1 BVG

Breith. 2016, 995

Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –

§§ 2 Abs. 1, 5 Nr. 1, 6 Abs. 1 Nr. 1, 31 Abs. 1, 69 Abs. 1 SGB IX
s. § 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 33 Abs. 1, 34 Abs. 4 SGB V

Breith. 2016, 408

§§ 2 Abs. 1, 69 Abs. 4 und 5, 70 Abs. 2, 159 Abs. 7 SGB IX
s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV

Breith. 2016, 260

§ 2 Abs. 1 Satz 1, 31 Abs. 1 SGB IX s. §§ 2 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4,
12 Abs. 1, 13 Abs. 3 Satz 1 Altern. 2, 27 Abs. 1 Satz 1,
33 Abs. 1 Sätze 1 und 2, 34 Abs. 4 Satz 1 SGB V

Breith. 2016, 7

§§ 2 Abs. 2, 69 Abs. 1 SGB IX

Von Ausnahmefällen abgesehen (z.B. hochgradige Schwerhörigkeit eines Ohres bei schwerer beidseitiger Einschränkung der Sehfähigkeit) führen zusätzliche leichte Gesundheitsstörungen, die nur einen GdB von 10 bedingen, nicht zu einer Zu-

nahme des Ausmaßes der Gesamtbeeinträchtigung, auch nicht, wenn mehrere derartige leichte Gesundheitsstörungen nebeneinander bestehen.

Bay. LSG, Urt. v. 27. 10. 2015 – L 3 SB 185/13 –

Breith. 2016, 558

§§ 2 Abs. 2, 69 Abs. 1 SGB IX; § 48 SGB X

Auch eine insgesamt ungünstige Prognose einer bösartigen Erkrankung kann regelmäßig nicht zu einer Verlängerung der Heilungsbewährungszeit führen. Bei Krebserkrankungen beträgt die Heilungsbewährung in der Regel fünf Jahre. Der Wortlaut „in der Regel“ betrifft hierbei die Abkürzung des Zeitraums bei bestimmten Erkrankungsbildern, nicht aber die Eröffnung der Möglichkeit einer jeweiligen Einzelfallentscheidung in Bezug auf eine Bestimmung des individuell angemessenen Zeitraums der Heilungsbewährung.

Bay. LSG, Urt. v. 28. 4. 2016 – L 3 SB 20/16 –

Breith. 2016, 646

§§ 5 Nr. 1, 6 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4, 14 Abs. 1 und Abs. 4 SGB IX

s. §§ 1 Satz 1 Nr. 2, 9 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 Nr. 2,
43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 SGB VI

Breith. 2016, 146

§§ 14, 26 Abs. 2, 31, 33 Abs. 8 Satz 1 Nr. 4, Nr. 5 SGB IX

s. §§ 9, 10, 15, 16 SGB VI

Breith. 2016, 529

Sozialgesetzbuch X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –

§ 8 SGB X s. § 103 SGB V

Breith. 2016, 694

§§ 12, 39, 105, 111 SGB X s. §§ 7, 8 SGB VII

Breith. 2016, 778

§ 20 Abs. 1 SGB X s. §§ 75, 76, 77, 80 SGB XII

Breith. 2016, 924

§ 27 Abs. 1 Satz 2 SGB X s. § 60 Abs. 1 BVG

Breith. 2016, 995

§ 31 SGB X s. § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2016, 59

§ 31 SGB X s. § 31 SGB I

Breith. 2016, 522

§ 31 Satz 1 SGB X s. §§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1,
161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V

Breith. 2016, 214

§§ 31 Satz 1, 116 SGB X s. §§ 66, 76, 140 SGB V

Breith. 2016, 681

§ 33 Abs. 1 SGB X s. §§ 143 Abs. 3, 335 Abs. 3 Satz 2,
Abs. 5 SGB III

Breith. 2016, 236

§ 37 Abs. 1 SGB X s. §§ 69, 74, 75 Abs. 2, 160 Abs. 2 SGG

Breith. 2016, 92

§ 37 Abs. 2 SGB X s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2016, 977

§§ 39, 47 Abs. 1 Nr. 1, 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 73,
75 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 6 Satz 1, 101 Abs. 4 SGB V

Breith. 2016, 513

- § 39 Abs. 2 SGB X s. § 328 SGB III *Breith. 2016, 369*
- § 42 Satz 1 SGB X s. §§ 81 Abs. 4, 95d SGB V *Breith. 2016, 322*
- § 42 Satz 1 SGB X s. §§ 84 Abs. 6, 106 Abs. 2, Abs. 5a, Abs. 5d SGB V *Breith. 2016, 203*
- §§ 45 Abs. 3, 48 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1, 50 Abs. 1 SGB X s. §§ 46 Abs. 1, Abs. 2, 97, 100 Abs. 3 Satz 1 SGB VI *Breith. 2016, 540*
- § 48 SGB X s. §§ 2 Abs. 2, 69 Abs. 1 SGB IX *Breith. 2016, 646*
- § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB II *Breith. 2016, 77*
- § 48 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 SGB X s. §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 35 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 133a SGB XII *Breith. 2016, 66*
- §§ 86, 103 Abs. 1, 104 SGB X s. §§ 55 Abs. 2, 85 Abs. 1, 97 SGB VIII *Breith. 2016, 69*
- §§ 102 ff., 111 SGB X s. § 175 SGB VII *Breith. 2016, 349*
- §§ 107, 111, 112, 113 SGB X; §§ 31, 32, 33, 37, 38, 39, 40, 43b, 43c, 45, 60, 61, 62 SGB V; § 9 Abs. 1 SGB VII
1. Leistet ein Leistungsträger zur Erfüllung eines Erstattungsanspruchs, den der berechnigte Leistungsträger nicht innerhalb der Ausschlussfrist von zwölf Monaten geltend gemacht hat, kann der Leistende innerhalb der vierjährigen Verjährungsfrist Rückerstattung verlangen.
2. Leistet eine Krankenkasse einem Versicherten Krankenhausbehandlung in Unkenntnis der ursächlichen Berufskrankheit, beginnt die Ausschlussfrist für das Geltendmachen des Erstattungsanspruchs mit dem letzten Behandlungstag, auch wenn der zuständige Träger dem Versicherten später zur Behandlung geleistete Zuzahlungen erstattet.
- BSG, Urt. v. 15. 12. 2015 – B 1 KR 14/15 R – *Breith. 2016, 1027*

Sozialgesetzbuch XI
– Soziale Pflegeversicherung –

- §§ 3 Satz 1, 39 Abs. 1 und 3, 42 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 und 3, 43, 43a, 71, 72 SGB XI; §§ 13, 55 SGB XII; § 37 Abs. 2 Satz 1 SGB V; Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG
1. Kurzzeitpflege wird in stationären Einrichtungen und nicht im häuslichen Wohnbereich des zu Hause gepflegten Pflegebedürftigen erbracht.
2. Kurzzeitpflege ist keine über den maximalen Bewilligungszeitraum hinausreichende Dauerleistung.
- BSG, Urt. v. 18. 2. 2016 – B 3 P 2/14 R – *Breith. 2016, 954*
- §§ 9, 71, 72, 82 SGB XI s. §§ 75, 77 SGB XII *Breith. 2016, 820*

§§ 18, 23 SGB XI; §§ 64 Abs. 1, 84 Abs. 1, 192 Abs. 6, 193 Abs. 3, 194 Abs. 1 VVG; §§ 305 ff. BGB; § 416 ZPO; Art. 19 Abs. 4 GG; §§ 62, 103, 109 Abs. 1, 128 SGG

Gutachten von Sachverständigen, die von einem privaten Unternehmen der Krankenversicherung zur Ermittlung des Pflegebedarfs in der privaten Pflegeversicherung in Auftrag gegeben werden, sind für die Sozialgerichte nicht verbindlich. Soweit im Versicherungsvertragsgesetz Bindung an solche Gutachten immer dann vorgeschrieben wird, wenn die Feststellungen des Gutachters nicht „offenbar von der wirklichen Sachlage erheblich abweichen“, wird diese Regelung für die private Pflegeversicherung durch Vorschriften des SGB XI verdrängt (Aufgabe von BSG, Urt. v. 22. 8. 2001 – B 3 P 21/00 R – BSGE 88, 262 = SozR 3-3300 § 23 Nr. 5 und B 3 P 4/01 R – BSGE 88, 268 = SozR 3-3300 § 23 Nr. 6).

BSG, Urt. v. 22. 4. 2015 – B 3 P 8/13 R – *Breith. 2016, 97*

§ 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2016, 977*

§§ 54, 55, 57 SGB XI s. §§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2016, 785*

§ 55 SGB XI s. § 56 SGB I *Breith. 2016, 333*

§ 57 Abs. 1 Satz 1 SGB XI s. § 226 Abs. 1 und Abs. 2 SGB V *Breith. 2016, 962*

§§ 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 84 Abs. 2 SGB XI s. §§ 75, 76, 77, 80 SGB XII *Breith. 2016, 924*

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe –

§§ 2 Abs. 1, 19 Abs. 2, 41 Abs. 1 Satz 1, 90 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 8, Abs. 3 Satz 1 SGB XII

Die tatrichterliche Beurteilung der Angemessenheit eines Hausgrundstücks, das als privilegiertes Vermögen bei der Gewährung von Sozialhilfe unberücksichtigt bleibt, ist vom Revisionsgericht nur beschränkt überprüfbar.

BSG, Urt. v. 24. 3. 2015 – B 8 SO 12/14 R – *Breith. 2016, 170*

§§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, 21, 23 SGB XII

1. Die Rechtsprechung des BSG zu einem Anspruch von EU-Bürgern auf Existenzsicherung zum Lebensunterhalt nach § 23 Abs. 1 Satz 3 SGB XII (u.a. Urt. v. 3. 12. 2015 – B 4 AS 43/15 R, 44/15 R und 59/13 R, v. 20. 1. 2016 – B 14 AS 35/15 R) begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Grenzen einer zulässigen verfassungskonformen Auslegung.

2. In Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes der ersten und zweiten Instanz ist ggf. ein solcher Anspruch auf existenzsichernde Leistungen zuzusprechen, da er nach höchstrichterlicher Rechtsprechung besteht und eine Anrufung des BSG gegen ablehnende instanzgerichtliche Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz nicht möglich ist.

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 23. 5. 2016 – L 20 SO 139/16 B ER –

Breith. 2016, 742

§§ 13, 55 SGB XII s. §§ 3 Satz 1, 39 Abs. 1 und 3,
42 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 und 3, 43, 43a, 71, 72 SGB XI *Breith. 2016, 954*

§§ 18, 21, 23 SGB XII s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II *Breith. 2016, 839*

§§ 18 Abs. 1, 25 Satz 1, 27a Abs. 4 Satz 1, 42 Nr. 1, 44 Abs. 1 Satz 2,
73 Satz 1 SGB XII

1. Ob der Sozialhilfeträger als Voraussetzung für eine Leistung den erforderlichen Grad der Kenntnis besitzt, bestimmt sich danach, ob sein Informationsstand so ist, dass er von Amts wegen in Ermittlungen eintreten muss.

2. Dies ist bei völlig neuen, einmaligen Bedarfssituationen nicht der Fall.

3. Zur Geltung des sog Kenntnisgrundsatzes für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

BSG, Urt. v. 20. 4. 2016 – B 8 SO 5/15 R – *Breith. 2016, 991*

§§ 19 Abs. 1 Satz 1, 35 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 133a SGB XII;
§ 21 Abs. 3 Satz 4 BSHG; § 48 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 SGB X

Im Sozialhilferecht besteht auch dann kein Anspruch auf den zusätzlichen Barbetrag wegen Beteiligung an den Heimkosten nach der seit dem 1. 1. 2005 geltenden Bestandsschutzregelung, wenn die Kostenbeteiligung erst nach dem 31. 12. 2004 für die Zeit bis zum 31. 12. 2004 erfolgt ist.

BSG, Urt. v. 17. 12. 2014 – B 8 SO 18/13 R – *Breith. 2016, 66*

§ 72 Abs. 5 SGB XII; Einzelanl. Teil A Nr. 6 Buchst. c VersMedV; § 162 SGG;
Art. 3 Abs. 1, Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG; Art. 5 UN-BRK

Eine der Blindheit entsprechende gleich schwere cerebrale Störung des Sehvermögens setzt keine spezifische Sehstörung voraus (Aufgabe von BSG, Urt. v. 20.7.2005 – B 9a BL 1/05 R – BSGE 95, 76 = SozR 4-5921 Art. 1 Nr. 2).

BSG, Urt. v. 11. 8. 2015 – B 9 BL 1/14 R – *Breith. 2016, 254*

§§ 75 ff. SGB XII; §§ 54 Abs. 5, 99 Abs. 3 und Abs. 4 SGG

1. Der Kläger selbst hat mangels einer entsprechenden Rechtsgrundlage keinen Anspruch gegen den Beklagten auf die Zahlung höherer Kosten für die teilstationäre Betreuung seiner in der Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigten MitarbeiterInnen.

2. Einen Anspruch auf Übernahme von weiteren Kosten gegenüber dem Sozialhilfeträger besitzt aufgrund des höchstpersönlichen Anspruchs auf Eingliederungshilfe nur der Hilfeempfänger selbst.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 12. 6. 2015 – L 9 SO 47/12 – *Breith. 2016, 455*

§§ 75, 76, 77, 80 SGB XII; §§ 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 84 Abs. 2 SGB XI;
§ 20 Abs. 1 SGB X

1. Grundsätzlich ist nicht zu beanstanden, wenn eine sozialhilferechtliche Schiedsstelle sich bei der durchzuführenden Prüfung an der Rechtsprechung des BSG zum sog. externen Vergleich im Recht der Sozialen Pflegeversicherung orientiert; eine

Schiedsstelle ist gesetzlich zu einem entsprechenden Vorgehen aber nicht gezwungen.

2. Der im Gesetz neben der Wirtschaftlichkeit enthaltene Begriff der Sparsamkeit normiert keine unterhalb der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegende Ebene, um die eine Vergleichsprüfung zu ergänzen wäre.

3. Zu den Mitwirkungsobliegenheiten der Vertragsparteien im Schiedsstellenverfahren und den Auswirkungen auf die Prüfungspflichten der sozialhilferechtlichen Schiedsstelle.

BSG, Urt. v. 7. 10. 2015 – B 8 SO 21/14 R –

Breith. 2016, 924

§§ 75, 77 SGB XII; §§ 9, 71, 72, 82 SGB XI

Die Festsetzung von Vergütungen für gesondert berechenbare Investitionskosten durch die Träger der Sozialhilfe bzw die sozialhilferechtliche Schiedsstelle darf nicht zu einer verdeckten Bedarfsplanung bei (landesrechtlich nicht geförderten) Pflegeeinrichtungen führen.

BSG, Urt. v. 7. 10. 2015 – B 8 SO 19/14 R –

Breith. 2016, 820

§§ 92 Abs. 1, 116 Abs. 2 SGB XII s. §§ 78 Abs. 1, 95, 202 Satz 1 SGG

Breith. 2016, 669

§§ 98, 106 Abs. 1 Satz 1, 109 SGB XII; § 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I

Begründet der Hilfebedürftige am Ort einer stationären Einrichtung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im sicheren Wissen, später in die Einrichtung aufgenommen zu werden, gilt dieser Aufenthalt wegen der Begründung einer Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers nicht als gewöhnlicher Aufenthalt.

BSG, Urt. v. 24. 3. 2015 – B 8 SO 20/13 R –

Breith. 2016, 365

Reichsversicherungsordnung

§ 184 Abs. 1 RVO s. §§ 39 Abs. 1, 109, 112, 115a SGB V

Breith. 2016, 857

§ 189 Abs. 2 RVO s. §§ 45 Abs. 1, Abs. 4, 49 Abs. 1 SGB V

Breith. 2016, 863

§ 194 RVO s. §§ 60 Abs. 1, 75 Abs. 1a, 76, 82 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB V

Breith. 2016, 687

§ 268m Abs. 5 RVO s. §§ 81 Abs. 4, 95d SGB V

Breith. 2016, 322

Künstlersozialversicherungsgesetz

§§ 1 Nr. 1, 2 Satz 1, 3 Abs. 1 Satz 1 KSVG

Der auf zeitgenössische Tanzformen wie Jazztanz, Hip Hop ausgerichtete Tanzunterricht unterfällt als Lehre von darstellender Kunst dem Künstlersozialversicherungsgesetz, wenn schwerpunktmäßig Fähigkeiten zur Präsentation von Bühnentanz vermittelt werden und nicht das Training sportlicher Fitness im Vordergrund steht.

BSG, Urt. v. 25. 11. 2015 – B 3 KS 3/14 R –

Breith. 2016, 673

§§ 16 Abs. 1, Abs. 2 KSVG s. §§ 5 Abs. 1 Nr. 13, 16 Abs. 3a, 227,
240 SGB V

Breith. 2016, 508

Sozialversicherungsentgeltverordnung

§ 2 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 1 SvEV
s. §§ 24 Abs. 1, 25 Abs. 1, 27 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, 123,
344 Abs. 2 SGB III

Breith. 2016, 660

Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte

§§ 2, 9, 11 KVLG; § 1 Abs. 4 ALG; § 51 BewG; § 5 Abs. 1 SGB V

Ein Landwirt, der ein auf Bodenbewirtschaftung ausgerichtetes landwirtschaftliches Anwesen als Einzelunternehmer betreibt und seinen Tiermastbetrieb in eine Kommanditgesellschaft ohne Bodenbewirtschaftung ausgelagert hat, in der er als Mitunternehmer (Komplementär und Geschäftsführer) fungiert, hat bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit keinen Anspruch auf Betriebshilfe für notwendige Stallarbeiten in dem Tiermastbetrieb (Ergänzung zu BSG, Urt. v. 11. 2. 1982 – 11 RLw 2/81 = BSGE 53, 75 = SozR 5850 § 7 Nr. 1).

BSG, Urt. v. 18. 2. 2016 – B 3 KR 15/15 R –

Breith. 2016, 873

§§ 8 Abs. 1, 9 Abs. 1 bis 3 KVLG s. § 13 Abs. 3 Satz 1 SGB V

Breith. 2016, 489

Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen

Abschn. 4.1 Abs. 3, Abschn. 4.3.1 Abs. 1, Nr. 01436, Nr. 08211,
Nr. 32083, Nr. 32541, Nr. 32545, Nr. 32540 EBM-Ä s. §§ 39 Abs. 1,
87 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 115b Abs. 2 Satz 2 und 4,
275 Abs. 1c SGB V

Breith. 2016, 950

Bundsmantelvertrag-Ärzte

§ 1a Nr. 15 und Nr. 16 BMV-Ä s. §§ 75 Abs. 1, 77 Abs. 3,
82 Abs. 1, 85 Abs. 4b, 92 Abs. 1, 95, 98 Abs. 2 Nr. 10, 103 SGB V

Breith. 2016, 311

§§ 1a, 15a Abs. 5 Satz 2, 17 Abs. 1a BMV-Ä
s. § 33 Abs. 2 und 3 Ärzte-ZV

Breith. 2016, 116

§ 15a Abs. 2 Satz 2 BMV-Ä s. §§ 73 Abs. 7, 82 Abs. 1,
98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V

Breith. 2016, 303

§ 17 BMV-Ä s. §§ 60 Abs. 1, 75 Abs. 1a, 76,
82 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB V

Breith. 2016, 687

§ 52 Abs. 1, Abs. 2 BMV-Ä s. §§ 75 Abs. 1, 82 Abs. 1,
84 Abs. 1 Satz 4, 87a Abs. 3 Satz 1, 106 Abs. 5a, Abs. 5c SGB V

Breith. 2016, 399

Ersatzkassenvertrag-Ärzte

§ 48 Abs. 2 EKV-Ä s. §§ 75 Abs. 1, 82 Abs. 1, 84 Abs. 1 Satz 4,
87a Abs. 3 Satz 1, 106 Abs. 5a, Abs. 5c SGB V

Breith. 2016, 399

Ärzte-Zulassungsverordnung

§§ 4, 19a, 20, 24, 33 Ärzte-ZV s. §§ 75 Abs. 1, 77 Abs. 3,
82 Abs. 1, 85 Abs. 4b, 92 Abs. 1, 95, 98 Abs. 2 Nr. 10, 103 SGB V *Breith. 2016, 311*

§§ 19a Abs. 2, 20 Abs. 1 Satz 1, 32 Abs. 1 Satz 1 Ärzte-ZV
s. §§ 95 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, 98 Abs. 1 Satz 1,
Abs. 2 Nr. 10 SGB V *Breith. 2016, 585*

§§ 21 Satz 1, 32 Abs. 1 Satz 2 Ärzte-ZV s. §§ 73,
75 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 6 Satz 1, 101 Abs. 4 SGB V *Breith. 2016, 513*

§ 31a Ärzte-ZV s. §§ 73 Abs. 1 Sätze 3 und 4,
116 Sätze 1 und 2 SGB V *Breith. 2016, 597*

§ 33 Ärzte-ZV s. §§ 73 Abs. 7, 82 Abs. 1,
98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V *Breith. 2016, 303*

§ 33 Abs. 2 und 3 Ärzte-ZV; §§ 1a, 15a Abs. 5 Satz 2, 17 Abs. 1a BMV-Ä;
§§ 82 Abs. 1, 98 Abs. 13a SGB V

1. Als Teil-Berufsausübungsgemeinschaft (Teil-BAG) genehmigungsfähig sind nur solche Kooperationen, in denen jeder beteiligte Leistungserbringer einen Teil seines Leistungsangebots in die Teil-BAG einbringt und im Übrigen seine vertragsärztliche Tätigkeit weiter eigenständig ausübt.

2. Die Verträge über die Gründung einer Teil-BAG sind so klar und nachvollziehbar zu gestalten, dass sie für die Zulassungsgremien ohne Weiteres erkennen lassen, welchen konkreten Zwecken die Teil-BAG dienen soll; verbleibende Unklarheiten, insbesondere hieraus resultierende Zweifel daran, dass die Teil-BAG nicht zu Umgehungszwecken gegründet wurde, gehen zu Lasten der die Genehmigung beantragenden Ärzte.

3. Die Bundesmantelvertragspartner sind nicht berechtigt, über § 33 Abs. 2 Satz 3 bis 5 Ärzte-ZV hinausgehende Anforderungen an die Bildung einer Teil-BAG zu normieren.

BSG, Urt. v. 25. 3. 2015 – B 6 KA 24/14 R – *Breith. 2016, 116*

Zahnärzte-Zulassungsverordnung

§§ 4, 19a, 20, 24, 33 Zahnärzte-ZV s. §§ 75 Abs. 1, 77 Abs. 3,
82 Abs. 1, 85 Abs. 4b, 92 Abs. 1, 95, 98 Abs. 2 Nr. 10, 103 SGB V *Breith. 2016, 311*

Arzneimittelgesetz

§§ 4 Abs. 19, 24b Abs. 2 AMG s. §§ 35 Abs. 1, Abs. 1a,
106 Abs. 3, Abs. 3b Satz 6, 129 Abs. 1, 130a, 131, 300 SGB V *Breith. 2016, 497*

Krankenhausfinanzierungsgesetz

§ 3 Abs. 3 KHG s. §§ 39 Abs. 1, 87 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3,
115b Abs. 2 Satz 2 und 4, 275 Abs. 1c SGB V *Breith. 2016, 950*

§ 17b Abs. 1 KHG s. §§ 39 Abs. 1, 109, 112, 115a SGB V *Breith. 2016, 857*

Krankenhausentgeltgesetz

§§ 1 Abs. 1, 6 Abs. 1 Satz 1 KHEntgG s. §§ 39 Abs. 1, 109, 112, 115a SGB V *Breith. 2016, 857*

§ 1 Abs. 3 Satz 2 KHEntgG s. §§ 39 Abs. 1, 87 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 115b Abs. 2 Satz 2 und 4, 275 Abs. 1c SGB V *Breith. 2016, 950*

Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte

§ 1 Abs. 4 ALG s. §§ 2, 9, 11 KVLG *Breith. 2016, 873*

Berufskrankheitenverordnung

Anl. 1 Nr. 2108 BKV s. § 9 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2016, 134*

Anl. 1 Nr. 2108 BKV s. § 9 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2016, 224*

Anl. 1 Nr. 2402 BKV; §§ 7 Abs. 1, 9 Abs. 1 und 2 SGB VII

1. Eine schädigende Strahlenexposition des Klägers aufgrund der Tätigkeit am Radargerät während seiner Wehrdienstzeit bei der NVA in der DDR muss im Vollbeweis, also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, nachgewiesen werden.

2. Nach den medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen mit Ausnahme von Tumorerkrankungen sonstige Erkrankungen z.B. des internistischen, orthopädischen oder neurologischen Formenkreises in keinerlei Zusammenhang mit Röntgenstrahlung oder Hochfrequenzstrahlung.

3. Es liegen keine Gründe für Beweiserleichterungen oder gar eine Beweislastumkehr zugunsten des Klägers vor.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 16. 3. 2016 – L 8 U 79/13 – *Breith. 2016, 619*

Anl. 1 Nr. 4302 BKV s. § 9 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2016, 708*

Schwerbehindertenausweisverordnung

§ 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV *Breith. 2016, 260*

Bundesversorgungsgesetz

§§ 1 Abs. 3, 30 BVG s. § 1 OEG *Breith. 2016, 546*

§ 30 BVG s. §§ 81, 88 SVG *Breith. 2016, 158*

§ 30 Abs. 16 BVG s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV *Breith. 2016, 260*

§§ 30, 31, 60 BVG s. §§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG *Breith. 2016, 810*

§ 60 Abs. 1 BVG; § 1 Abs. 1 Satz 1 OEG; §§ 62, 67 Abs. 1 SGG; §§ 13, 14, 15 Abs. 1 SGB I; § 97 Satz 1 SGB VIII; § 27 Abs. 1 Satz 2 SGB X; § 1626 Abs. 1 Satz 2 BGB; § 383 Abs. 1 ZPO; Art. 103 Abs. 1 GG

1. Die Antragsfrist für eine rückwirkende Gewährung von Versorgungsleistungen ist nicht allein deshalb ohne Verschulden versäumt, weil der Antragsteller aus einem fremden Sprach- und Kulturkreis stammt.

2. Jugendämter sind weder im Sinn einer Funktionseinheit arbeitsteilig in das Verwaltungsverfahren der Versorgungsverwaltung eingeschaltet noch mit dieser materiell-rechtlich eng verknüpft.

BSG, Urt. v. 16. 3. 2016 – B 9 V 6/15 R –

Breith. 2016, 995

Versorgungsmedizin-Verordnung

§ 2 VersMedV s. §§ 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 33 Abs. 1, 34 Abs. 4 SGB V

Breith. 2016, 408

§ 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV; § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 StVO; § 6 Abs. 1 Nr. 14 StVG; §§ 2 Abs. 1, 69 Abs. 4 und 5, 70 Abs. 2, 159 Abs. 7 SGB IX; § 30 Abs. 16 BVG; § 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV; Art. 3 Abs. 1 GG

Bei schwerbehinderten Menschen mit einer einseitigen Oberschenkelamputation werden die Voraussetzungen des Nachteilsausgleichs „aG“ nur vermutet, wenn sie nicht prothetisch versorgt werden können. Sie müssen ständig (immer) außerstande sein, ein Kunstbein zu tragen (Weiterführung von BSG, Urt. v. 17. 12. 1997 – 9 RVs 16/96 – SozR 3-3870 § 4 Nr. 22). Andernfalls hat auch bei dieser Gruppe eine individuelle Gleichstellungsprüfung unter Einbeziehung sämtlicher Gesundheitsstörungen zu erfolgen.

BSG, Urt. v. 11. 8. 2015 – B 9 SB 2/14 R –

Breith. 2016, 260

Einzelanl. Teil A Nr. 6 Buchst. c VersMedV
s. § 72 Abs. 5 SGB XII

Breith. 2016, 254

Soldatenversorgungsgesetz

§§ 81, 88 SVG; § 30 BVG

1. Bei einem Rettungssanitäter, der direkt nicht an Leib und Leben bedroht war, liegt das nach ICD-10 und DSM-IV notwendige Traumakriterium für eine PTBS nicht vor.

2. Zur Feststellung einer PTBS ermangelt es der DSM-5 an der erforderlichen Validität, um die exakte psychische Diagnose nachvollziehbar zu machen.

3. Am Vermeidungsverhalten fehlt es, wenn sich der Kläger ständig medial mit dem Krieg in Afghanistan auseinandersetzt und einen Verlängerungsantrag für den dortigen Einsatz gestellt hat.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 27. 8. 2015 – L 6 VS 4569/14 –

Breith. 2016, 158

§ 81 Abs. 1, Abs. 6 Satz 1 SVG

1. Versorgung erhalten Soldaten u.a. aufgrund Schädigungen, die durch wehrdienstteigentümliche Verhältnisse herbei geführt worden sind. Wehrdienstteigen-

tümlich sind Verhältnisse, die nur aus dem besonderen Milieu des Wehrdienstes her erklärbar sind und in der Regel zwangsläufig mit ihm verbunden sind.

2. Nicht wehrdienstesigentümlich sind z.B. das Miterleben eines Unfalls, die Schließung eines dienstlichen Standorts, das Hören von der Selbsttötung eines Kameraden, familiäre Belastungen während eines Auslandseinsatzes.

3. Die Beweiserleichterung nach § 15 VfG-KOV findet keine Anwendung, wenn ein Soldat erst nach mehr als 20 Jahren erstmals eine Angriffssituation während eines Auslandseinsatzes schildert, obwohl er während dieses Angriffs und danach Gelegenheit hatte, Angaben zu machen.

4. Nach § 1 Abs. 1 EinsatzUV wird die Kausalität aus Rechtsgründen vermutet, so dass die ansonsten nach § 81 SVG anzustellende Kausalitätsprüfung bei Vorliegen der Voraussetzungen der EinsatzUV entfällt. Dann wird für die Dauer des Bestehens der Symptome vermutet, dass das Leiden kausal auf die o.g. Wehrdienstereignisse zurückzuführen ist.

5. Nach einem Auslandseinsatz ist die Anerkennung einer posttraumatischen Belastungsstörung auch dann möglich und auszusprechen, wenn die Voraussetzungen der Verordnung über die Vermutung der Verursachung einer psychischen Störung durch einen Einsatzunfall (Einsatzunfallverordnung – EinsatzUV v. 24. 9. 2012) vorliegen.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 27. 1. 2016 – L 4 VS 6/14 –

Breith. 2016, 442

Opferentschädigungsgesetz

§ 1 OEG; §§ 1 Abs. 3, 30 BVG

1. Eine HWS-Distorsion (Schleudertrauma) ist definiert als Auslenkung der HWS über das physiologische Maß hinaus durch plötzliche, unkontrollierte Beschleunigung des Kopfes gegenüber dem Rumpf nach Einwirkung von axialen oder von Schwerkraften und tritt fast ausschließlich bei Verkehrsunfällen mit Heckaufprall auf. An einer solchen Einwirkung fehlt es, wenn das Opfer gewürgt wird.

2. Eine posttraumatische Belastungsstörung, die allein von behandelnden Ärzten ohne genaue Kenntnis des Tathergangs diagnostiziert und behandelt wird, ist nicht zwingend der Beweiswürdigung zu Grunde zu legen. Insofern muss der therapeutische Ansatz der behandelnden Ärzte berücksichtigt werden. Anders als der forensisch tätige Sachverständige muss der behandelnde Arzt ein Vertrauensverhältnis zu seinem Patienten aufbauen, demzufolge dessen Angaben nicht kritisch infrage stellen. Deswegen kommt der Einschätzung des gerichtlichen Sachverständigen grundsätzlich ein höherer Beweiswert zu.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 17. 12. 2015 –

L 6 VG 4685/14 –

Breith. 2016, 546

§§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG; § 15 KOV-VfG; §§ 30, 31, 60 BVG; §§ 103, 228 SGG;
§ 411 Abs. 4 Satz 1 ZPO; § 177 StGB

1. Die Härtefallregelung des Opferentschädigungsgesetzes für Schwerbeschädigte „allein infolge dieser Schädigung“ ist erfüllt, wenn sich die Schädigung im zeitlichen und räumlichen Erstreckungsbereich des Gesetzes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in der Zeit vom 7. 10. 1949 bis zum 2. 10. 1990 ereignet und für sich allein betrachtet zu einer Schwerbeschädigung geführt hat.

2. Eine Erhöhung des Grads der Schädigungsfolgen wegen besonderer beruflicher Betroffenheit ist auch im Rahmen des Opferentschädigungsgesetzes möglich (Bestätigung von BSG, Urt. v. 24. 7. 2002 – B 9 VG 5/01 R und v. 12. 6. 2003 – B 9 VG 1/02 R = BSGE 91, 107 = SozR 4-3800 § 1 Nr. 3).

3. Treffen Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz in verschiedenen Bundesländern zusammen, ist für die Festsetzung einer einheitlichen Rente das Land zuständig, das über die letzte Schädigung entscheidet.

BSG, Urt. v. 18. 11. 2015 – B 9 V 1/14 R – *Breith. 2016, 810*

§ 1 Abs. 1 Satz 1 OEG s. § 60 Abs. 1 BVG *Breith. 2016, 995*

Bundessozialhilfegesetz

§ 21 Abs. 3 Satz 4 BSHG s. §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 35 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 133a SGB XII *Breith. 2016, 66*

Asylbewerberleistungsgesetz

§§ 1 Abs. 1 Nr. 3, 2 Abs. 1 und Abs. 3, § 3 AsylbLG s. § 7 Abs. 1 SGB II *Breith. 2016, 734*

§ 3 AsylbLG

Wendet sich ein nach § 3 AsylbLG Leistungsberechtigter gegen die Aufforderung von einer Gemeinschaftsunterkunft in eine andere Gemeinschaftsunterkunft umzuziehen, so ist der Rechtsweg zu den Sozialgerichten nach § 51 Abs. 1 Nr. 6a SGG eröffnet.

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 27. 8. 2015 – L 20 AY 50/15 B – *Breith. 2016, 89*

§§ 10a, 10b, 11 Abs. 2 AsylbLG

1. Zu einem Frauenhaus als Einrichtung i.S.v. § 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG (Fassung § 10a ab 24. 10. 2015).

2. Die Zuständigkeit für Leistungen bei dringlichem Aufenthalt einer Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG in einem Frauenhaus bestimmt sich bei Streit zwischen dem Leistungsträger des Ortes der Wohnsitzauflage und demjenigen des Ortes des Frauenhauses abweichend von § 10a Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 4 AsylbLG nach der Eilfallvorschrift des § 10a Abs. 2 Satz 3, 2. Alt. AsylbLG (Fassung § 10a ab 24. 10. 2015).

3. Zu dem Voraussetzungen eines Eilfalls i.S.v. § 10a Abs. 2 Satz 3, 2. Alt. AsylbLG (Fassung § 10a ab 24. 10. 2015).

4. Zur Zuständigkeit für Leistungen nach § 11 Abs. 2 AsylbLG (i.d.F. seit 24. 10. 2015).

5. Zum (weiteren) Leistungsumfang bei § 11 Abs. 2 AsylbLG (i.d.F. seit 24. 10. 2015) in atypischen Fällen.

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 23. 3. 2016 – L 20 AY 38/16 B ER – *Breith. 2016, 911*

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

§§ 2, 3, 15 BEEG s. §§ 45 Abs. 1, Abs. 4, 49 Abs. 1 SGB V *Breith. 2016, 863*

Bundenserziehungsgeldgesetz

§§ 1, 2, 4, 6, 15 BErzGG s. §§ 45 Abs. 1, Abs. 4, 49 Abs. 1 SGB V *Breith. 2016, 863*

Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsofopferversorgung

§ 15 KOV-VfG s. §§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG *Breith. 2016, 810*

Sozialgerichtsgesetz

§§ 29, 54 Abs. 1 Satz 1 Altern. 2, 55 Abs. 1 Nr. 1, 56, 99 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 2, 123, 153 Abs. 1 SGG s. § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2016, 59*

§§ 51 Abs. 1, 75 Abs. 2 und 5 SGG; § 2 Abs. 1 ArbGG; §§ 17, 17a GVG; §§ 7, 7b, 7d, 7e, 7f SGB IV

Für eine im Zusammenhang mit der Übertragung von Wertguthaben auf die Deutsche Rentenversicherung Bund nach dem Vierten Buch Sozialgesetzbuch stehende Streitigkeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist der Rechtsweg vor die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit eröffnet.

BSG, Beschl. v. 10. 12. 2015 – B 12 SF 1/14 R – *Breith. 2016, 484*

§§ 51 Abs. 1, 131 Abs. 4 SGG s. §§ 47, 48, 48a Abs. 3, 50, 51 Abs. 6 Nr. 5 und 6, 56 Satz 1, Satz 2 Nr. 5, 57 SGB IV *Breith. 2016, 604*

§§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 54 Abs. 5, 100, 153 Abs. 1, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a SGG; §§ 10, 37 Abs. 1, 69, 132a SGB V; §§ 13, 17 Abs. 2 GVG; § 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO; § 826 BGB

Für die Klage einer Krankenkasse gegen einen Dritten auf Schadensersatz wegen des Vorwurfs einer gemeinschaftlich mit dem Leistungserbringer zu Lasten der Krankenkasse begangenen Straftat ist der Sozialrechtsweg eröffnet.

BSG, Beschl. v. 30. 9. 2015 – B 3 KR 22/15 B – *Breith. 2016, 578*

§§ 54 Abs. 1, 55 Abs. 1 Nr. 1, 99, 164 Abs. 2, 168 SGG s. §§ 60 Abs. 1, 75 Abs. 1a, 76, 82 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 SGB V *Breith. 2016, 687*

§§ 54 Abs. 1 und 3, 103, 163, 164 Abs. 2 SGG s. §§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1, 161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V *Breith. 2016, 214*

§§ 54 Abs. 1 Satz 2, 131 Abs. 1 Satz 3 SGG s. § 103 SGB V *Breith. 2016, 694*

§ 54 Abs. 4, 5 SGG s. §§ 66, 76, 140 SGB V *Breith. 2016, 681*

§ 54 Abs. 5 SGG s. §§ 55 Abs. 2, 85 Abs. 1, 97 SGB VIII *Breith. 2016, 69*

§§ 54 Abs. 5, 99 Abs. 3 und Abs. 4 SGG s. §§ 75 ff. SGB XII *Breith. 2016, 455*

§ 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG s. §§ 35 Abs. 1, Abs. 1a, 106 Abs. 3, Abs. 3b Satz 6, 129 Abs. 1, 130a, 131, 300 SGB V *Breith. 2016, 497*

§§ 62, 67 Abs. 1 SGG s. § 60 Abs. 1 BVG *Breith. 2016, 995*

§§ 62, 103, 109 Abs. 1, 128 SGG s. §§ 18, 23 SGB XI *Breith. 2016, 97*

§§ 62, 128 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 SGG s. §§ 95 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, 98 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 10 SGB V *Breith. 2016, 585*

§§ 63 Abs. 1 Satz 1, 106a SGG s. §§ 5 Abs. 1 Nr. 13, 16 Abs. 3a, 227, 240 SGB V *Breith. 2016, 508*

§§ 64 Abs. 2, 131 Abs. 4 SGG s. § 80 Abs. 1 Satz 4 SGB V *Breith. 2016, 18*

§§ 67, 202 Satz 2 SGG s. §§ 198, 200, 201 GVG *Breith. 2016, 289*

§§ 69, 74, 75 Abs. 2, 160 Abs. 2 SGG; § 37 Abs. 1 SGB X; § 2039 Satz 1 BGB; §§ 103, 197a Abs. 1 Satz 1 SGG; § 62 ZPO; §§ 47, 52, 63 GKG

1. Ein Miterbe kann einen zum Nachlass gehörenden Anspruch auf Zahlung von Pflegegeld ohne Mitwirkung der anderen Miterben für die Erbengemeinschaft einklagen. Zu dem Rechtsstreit sind die anderen Miterben auch nicht notwendig beizuladen.

2. Der Streitwert bemisst sich nicht nach dem Erbteil des klagenden Miterben, sondern nach dem Gesamtwert der begehrten Leistung für die Erbengemeinschaft.

BSG, Beschl. v. 25. 2. 2015 – B 3 P 15/14 B – *Breith. 2016, 92*

§§ 78 Abs. 1, 95, 202 Satz 1 SGG; § 301 ZPO; § 79 VwGO; §§ 92 Abs. 1, 116 Abs. 2 SGB XII

1. In Angelegenheiten, in denen die nachträgliche Festsetzung eines Kostenbeitrags nach Übernahme der Kosten im Weg des sogenannten Bruttoprinzips streitig ist, sind vor Erlass des Widerspruchsbescheids sozial erfahrene Dritte zu beteiligen.

2. Zu den Voraussetzungen für eine isolierte Aufhebung des Widerspruchsbescheids im Weg eines Teilurteils.

BSG, Urt. v. 24. 3. 2015 – B 8 SO 16/14 R – *Breith. 2016, 669*

§ 86b Abs. 2 SGG

1. Im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung besteht kein Anspruch auf die Fortsetzung einer Behandlung bei einem bestimmten Arzt, wenn dieser die Leistung nur noch mit für ihn nicht abrechenbaren EBM-Ziffern erbringen will.

2. Der Einwand, andere Leistungserbringer würden vor einer Fortsetzung einer bestimmten Behandlung eine erneute Diagnostik durchführen, begründet keine Versorgungslücke, da regelmäßig medizinisch geboten.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 20. 8. 2015 – L 5 KR 152/15 B ER – *Breith. 2016, 1*

§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II *Breith. 2016, 268*

§§ 86b Abs. 2 Satz 2, 172 Abs. 3 Nr. 2b SGG

s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II

Breith. 2016, 827

§ 96 Abs. 1 SGG s. § 328 SGB III

Breith. 2016, 369

§§ 99, 168, 197a Abs. 1 Satz 1, 202 SGG; §§ 47, 52, 63 Abs. 2 Satz 1 GKG;
§ 198 GVG; § 154 Abs. 2 VwGO; Art. 23 ÜberlVfRSchG

1. Wird die Verzögerungsrüge in einem bei Inkrafttreten des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren bereits anhängigen Verfahren nicht unverzüglich erhoben, sind sowohl eine Entschädigung als auch eine Wiedergutmachung auf andere Weise insbesondere in Form der Feststellung einer Überlänge für Zeiten bis zum tatsächlichen Rügezeitpunkt ausgeschlossen (Bestätigung von BSG, Urt. v. 5. 5. 2015 – B 10 ÜG 8/14 R – SozR 4-1710 Art. 23 Nr. 4).

2. Der Anspruch auf Feststellung der Überlänge eines Gerichtsverfahrens ist als eine Art "kleiner Entschädigungsanspruch" ein Minus im Verhältnis zum Anspruch auf Geldentschädigung.

BSG, Urt. v. 15. 12. 2015 – B 10 ÜG 1/15 R –

Breith. 2016, 853

§§ 101 Abs. 2, 122, 202 Satz 1 SGG; §§ 119 ff., 130 Abs. 1 Satz 2 BGB;
§§ 160 Abs. 3 Nr. 1, 307 Satz 1 ZPO

1. Ein prozessuales Anerkenntnis ist eine reine Prozessklärung, die mit einer materiell-rechtlichen Erklärung als Doppeltatbestand verbunden sein kann.

2. Ein prozessuales Anerkenntnis ist nach Zugang bei Gericht nicht wegen Irrtums anfechtbar und kann grundsätzlich nicht wirksam widerrufen werden.

BSG, Urt. v. 8. 9. 2015 – B 1 KR 1/15 R –

Breith. 2016, 379

§§ 103, 197a Abs. 1 Satz 1 SGG s. §§ 69, 74, 75 Abs. 2,
160 Abs. 2 SGG

Breith. 2016, 92

§§ 103, 228 SGG s. §§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG

Breith. 2016, 810

§ 111 SGG

Zur nachträglichen Anordnung des persönlichen Erscheinens.

Bay. LSG, Beschl. v. 18. 8. 2015 – L 3 SB 231/13 –

Breith. 2016, 191

§ 118 Abs. 1 SGG; §§ 42, 406 Abs. 1 ZPO

1. Ein fortbestehendes Beratungsarztverhältnis zwischen dem Sachverständigen und dem beklagten Unfallversicherungsträger begründet die Besorgnis der Befangenheit.

2. Offen bleibt, ob ein früher bestehendes, inzwischen aber beendetes Beratungsarztverhältnis mit dem beklagten Unfallversicherungsträger die Besorgnis der Befangenheit rechtfertigt. Offen bleibt weiter, ob ein Beratungsarztverhältnis mit einem anderen als dem beklagten Unfallversicherungsträger die Besorgnis der Befangenheit rechtfertigt.

3. Ebenso bleibt offen, ob und inwieweit eine gutachterliche Tätigkeit des Sachverständigen für den beklagten Unfallversicherungsträger, die in anderen Fällen als

dem konkret streitigen Sachverhalt erfolgt, die Besorgnis der Befangenheit rechtfertigt.

Bay. LSG, Beschl. v. 25. 9. 2015 – L 2 SF 64/13 B –

Breith. 2016, 86

§ 118 Abs. 1 SGG; § 406 Abs. 1 ZPO

Zu einem Ablehnungsgesuch wegen der Besorgnis der Befangenheit eines Sachverständigen.

Bay. LSG, Beschl. v. 20. 11. 2015 – L 3 SB 52/13 –

Breith. 2016, 577

§ 123 SGG s. § 2 Satz 1 Nr. 9 Buchst. a und b SGB VI

Breith. 2016, 51

§§ 132 Abs. 2, 134 Abs. 2, 136 Abs. 1, 153 Abs. 3 Satz 1, 165, 178a SGG

Eine bereits vor dem Vorliegen der schriftlichen Urteilsgründe erhobene Anhörungsrüge ist unzulässig.

BSG, Beschl. v. 29. 10. 2015 – B 12 KR 11/15 C –

Breith. 2016, 383

§§ 136 Abs. 1 Nr. 6, 161 Abs. 4, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG

s. § 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI

Breith. 2016, 356

§§ 143, 144, 151 SGG s. § 9 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2016, 708

§§ 144 Abs. 4, 192 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 193 SGG

Die isolierte Beschwerde gegen die Kostenentscheidung in einem Eilbeschluss nach § 86b SGG ist in entsprechender Anwendung des § 144 Abs. 4 SGG ausgeschlossen. Dieser Ausschluss umfasst nicht nur die Kostenentscheidung nach § 193 SGG, sondern auch die Auferlegung von Verschuldungskosten nach § 192 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG in einem Beschluss des SG im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (Anschluss an LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 29. 9. 2014 – L 5 AS 1005/13 B ER).

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 5. 1. 2016 –

L 11 AS 1724/15 B ER –

Breith. 2016, 667

§ 162 SGG s. § 72 Abs. 5 SGB XII

Breith. 2016, 254

§ 163 SGG s. § 9 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2016, 224

§ 164 Abs. 2 Satz 3 SGG s. § 143 Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB III

Breith. 2016, 1022

§ 170 Abs. 5 SGG s. §§ 39 Abs. 1, 87 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 115b Abs. 2 Satz 2 und 4, 275 Abs. 1c SGB V

Breith. 2016, 950

§ 173 Satz 1 SGG; §§ 2 Abs. 1, 4 Abs. 3 JVEG

Die Beschwerde nach § 4 Abs. 3 JVEG ist auch im sozialgerichtlichen Verfahren nicht fristgebunden. Die Monatsfrist des § 173 Satz 1 SGG gilt nicht.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 14. 10. 2015 –

L 5 AR 98/15 B KO –

Breith. 2016, 287

§§ 183, 184, 193, § 197a SGG

Legen mehrere Beteiligte Rechtsmittel ein, von denen einer zum kostenrechtlich begünstigten Personenkreis des § 183 SGG gehört und ein anderer nicht, so richtet sich die Kostenentscheidung im Rechtszug für alle Beteiligten einheitlich nach § 193 SGG, und § 197a SGG findet keine Anwendung mit der Folge, dass Gerichtskosten nicht zu erheben sind.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 26. 8. 2015 –
L 5 SF 114/15 B E –

Breith. 2016, 189

§§ 183, 197a SGG; § 17a Abs. 5 GVG

1. Verfolgt ein Kläger einzig Leistungen nach der Haager Landkriegsordnung, so ist zweitinstanzlich nicht zu prüfen, ob die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit sachlich zuständig sind (§ 17a Abs. 5 GVG).

2. In einem solchen Fall handelt es sich nicht um ein nach § 183 SGG kostenfreies Verfahren. Vielmehr fallen Gerichtskosten nach § 197a SGG i.V.m. dem GVG an.

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 11. 4. 2016 – L 20 SO 35/15 – *Breith. 2016, 759*

§ 197a SGG; §§ 3 Abs. 2, 66 GKG; § 8a JVEG

1. In Verfahren nach § 197a SGG hat ein kostenpflichtiger Beteiligter Kosten eines vom Gericht eingeholten Sachverständigengutachtens nur zu erstatten, wenn der Sachverständige eine verwertbare Leistung i.S.d. § 8a JVEG erbracht hat.

2. Das Gericht hat vor der Vergütung eines Sachverständigen von Amts wegen die Verwertbarkeit des Gutachtens zu prüfen.

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 22. 2. 2016 – L 5 KR 269/15 B – *Breith. 2016, 574*

§ 202 Satz 1 SGG s. §§ 20 Abs. 1, 22 Abs. 1 SGB II

Breith. 2016, 751

Verwaltungsgerichtsordnung

**§ 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 54 Abs. 5, 100,
153 Abs. 1, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a SGG**

Breith. 2016, 578

§ 79 VwGO s. §§ 78 Abs. 1, 95, 202 Satz 1 SGG

Breith. 2016, 669

§ 154 Abs. 2 VwGO s. §§ 99, 168, 197a Abs. 1 Satz 1, 202 SGG

Breith. 2016, 853

Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren

**Art. 23 ÜberIVfRSchG s. §§ 99, 168, 197a Abs. 1 Satz 1,
202 SGG**

Breith. 2016, 853

Art. 23, 24 ÜberIVfRSchG s. §§ 198, 200, 201 GVG

Breith. 2016, 289

Bürgerliches Gesetzbuch

**§§ 119 ff., 130 Abs. 1 Satz 2 BGB s. §§ 101 Abs. 2, 122,
202 Satz 1 SGG**

Breith. 2016, 379

§§ 130 Abs. 1 und 3, 183 Satz 1 BGB s. § 7a Abs. 6 und 7 SGB IV	<i>Breith. 2016, 983</i>
§§ 284, 288, 291 BGB s. § 6b SGB II	<i>Breith. 2016, 654</i>
§§ 305 ff. BGB s. §§ 18, 23 SGB XI	<i>Breith. 2016, 97</i>
§§ 362, 630g, 811 BGB s. §§ 66, 76, 140 SGB V	<i>Breith. 2016, 681</i>
§ 626 BGB s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	<i>Breith. 2016, 903</i>
§§ 743 ff., 1361 BGB s. § 328 SGB III	<i>Breith. 2016, 369</i>
§ 826 BGB s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 54 Abs. 5, 100, 153 Abs. 1, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a SGG	<i>Breith. 2016, 578</i>
§§ 1353 Abs. 1 Satz 2, 1684 Abs. 1 BGB s. § 21 Abs. 6 SGB II	<i>Breith. 2016, 181</i>
§§ 1602, 1612b BGB s. § 11 Abs. 1 SGB II	<i>Breith. 2016, 570</i>
§ 1626 Abs. 1 Satz 2 BGB s. § 60 Abs. 1 BVG	<i>Breith. 2016, 995</i>
§ 2039 Satz 1 BGB s. §§ 69, 74, 75 Abs. 2, 160 Abs. 2 SGG	<i>Breith. 2016, 92</i>

Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

§ 38 Abs. 2 GmbHG s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	<i>Breith. 2016, 903</i>
--	--------------------------

Gerichtsverfassungsgesetz

§§ 13, 17 Abs. 2 GVG s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 54 Abs. 5, 100, 153 Abs. 1, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a SGG	<i>Breith. 2016, 578</i>
§§ 17, 17a GVG s. §§ 51 Abs. 1, 75 Abs. 2 und 5 SGG	<i>Breith. 2016, 484</i>
§ 17a Abs. 5 GVG s. §§ 47, 48, 48a Abs. 3, 50, 51 Abs. 6 Nr. 5 und 6, 56 Satz 1, Satz 2 Nr. 5, 57 SGB IV	<i>Breith. 2016, 604</i>
§ 17a Abs. 5 GVG s. §§ 183, 197a SGG	<i>Breith. 2016, 759</i>
§ 198 GVG s. §§ 99, 168, 197a Abs. 1 Satz 1, 202 SGG	<i>Breith. 2016, 853</i>

§§ 198, 200, 201 GVG; §§ 67, 202 Satz 2 SGG; Art. 23, 24 ÜberlVfRSchG; Art. 3 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4 GG; Art. 6, Art. 41 EMRK

1. Wird die Verzögerungsrüge in einem bei Inkrafttreten des ÜGG (juris: ÜberlVfRSchG) bereits anhängigen Verfahren nicht unverzüglich erhoben, sind sowohl eine Entschädigung als auch eine Wiedergutmachung auf andere Weise insbesondere in Form der Feststellung einer Überlänge für Zeiten bis zum tatsächlichen Rügezeitpunkt ausgeschlossen (Anschluss an BGH, Urt. v. 10. 4. 2014 – III

ZR 335/13 – NJW 2014, 1967, BFH, Urt. v. 20. 8. 2014 – X K 9/13 – BFHE 247, 1 = BStBl. II 2015, 33).

2. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

BSG, Urt. v. 5. 5. 2015 – B 10 ÜG 8/14 R – *Breith. 2016, 289*

Zivilprozessordnung

§§ 42, 406 Abs. 1 ZPO s. § 118 Abs. 1 SGG *Breith. 2016, 86*

§ 62 ZPO s. §§ 69, 74, 75 Abs. 2, 160 Abs. 2 SGG *Breith. 2016, 92*

§§ 160 Abs. 3 Nr. 1, 307 Satz 1 ZPO s. §§ 101 Abs. 2, 122, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2016, 379*

§ 287 ZPO s. § 31 SGB I *Breith. 2016, 522*

§ 287 ZPO s. §§ 20 Abs. 1, 22 Abs. 1 SGB II *Breith. 2016, 751*

§ 301 ZPO s. §§ 78 Abs. 1, 95, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2016, 669*

§ 383 Abs. 1 ZPO s. § 60 Abs. 1 BVG *Breith. 2016, 995*

§ 406 Abs. 1 ZPO s. § 118 Abs. 1 SGG *Breith. 2016, 577*

§ 411 Abs. 4 Satz 1 ZPO s. §§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG *Breith. 2016, 810*

§ 416 ZPO s. §§ 18, 23 SGB XI *Breith. 2016, 97*

§ 850d ZPO s. § 11b Abs. 3 SGB II *Breith. 2016, 480*

Arbeitsgerichtsgesetz

§ 2 Abs. 1 ArbGG s. §§ 51 Abs. 1, 75 Abs. 2 und 5 SGG *Breith. 2016, 484*

Strafgesetzbuch

§ 177 StGB s. §§ 1, 3, 4, 6, 10, 10a OEG *Breith. 2016, 810*

Gesetz zum Schutz von Embryonen

§§ 1 Abs. 2, 8 Abs. 1 ESchG s. §§ 2 Abs. 1a, 13 Abs. 3 Satz 1 Alt. 2, 24a, 24b, 25, 26, 27 Abs. 1, 27a SGB V *Breith. 2016, 193*

Bewertungsgesetz

§ 51 BewG s. §§ 2, 9, 11 KVLG *Breith. 2016, 873*

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz

§ 33 Abs. 3 RVG; Nr. 3106 VV-RVG

1. Bei der Bemessung des Wertes des Beschwerdegegenstandes nach § 33 Abs. 1 Satz 1 RVG ist von dem gesamten streitgegenständlichen Beschwerdewert auszugehen und nicht, wenn das Sozialgericht die Erinnerungen beider Parteien in zwei Verfahren führt, unterteilt nach den jeweiligen Verfahren.

2. Die Terminsgebühr gemäß Nr. 3106 VV-RVG i.V.m. der Vorb. 3 Abs. 3 Satz 3 Nr. 2 des Teil 3 VV-RVG kann auch durch eine telefonische Besprechung entstehen.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 11. 4. 2016 –
L 5 SF 272/14 B E –

Breith. 2016, 939

Vergütungsverzeichnis zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz

Nr. 3106 VV-RVG s. § 33 Abs. 3 RVG

Breith. 2016, 939

Nr. 7000 VV-RVG

1. Die ungeprüfte Ablichtung der gesamten Akten führt regelmäßig nicht zu einem Anspruch auf Erstattung sämtlicher Kopierkosten.

2. Wenn der Anwalt keine Auswahl getroffen und den gesamten Akteninhalt kopiert hat, ist im Rahmen der Erstattung der Kopierkosten eine überschlägige Schätzung zulässig.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 23. 5. 2016 – L 5 SF 12/14 E –

Breith. 2016, 849

Gerichtskostengesetz

§§ 3 Abs. 2, 66 GKG s. § 197a SGG

Breith. 2016, 574

§§ 47, 52, 63 GKG s. §§ 69, 74, 75 Abs. 2, 160 Abs. 2 SGG

Breith. 2016, 92

§§ 47, 52, 63 Abs. 2 Satz 1 GKG s. §§ 99, 168, 197a Abs. 1 Satz 1,
202 SGG

Breith. 2016, 853

§§ 52 Abs. 1, 61 GKG

Auch wenn die Statusfeststellung nicht aufgrund einer Betriebsprüfung nach § 28p SGB IV erfolgt und während des Klageverfahrens noch kein Beitragsbescheid erlassen wird, ist es bei der Streitwertbestimmung nach § 52 Abs. 1 GKG gerechtfertigt, an die der Statusfeststellung nachgelagerte Pflicht zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen anzuknüpfen, wenn die angefochtenen Bescheide die Aufforderung beinhalten, die Gesamtsozialversicherungsbeiträge zu melden und nachzuentrichten und noch während des laufenden Gerichtsverfahrens bezifferte Angaben zum Streitwert gemacht werden.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 14. 12. 2015 –
L 5 KR 242/14 B –

Breith. 2016, 765

Rechtsdienstleistungsgesetz

§ 2 Abs. 1 RDG s. § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2016, 59

Handwerksordnung

§§ 1 Abs. 2, 6 Abs. 1 HwO s. §§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1, 161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V *Breith. 2016, 214*

§§ 53 Satz 1, 54 Abs. 1 Satz 1 HwO s. § 127 Abs. 2, Abs. 2a SGB V *Breith. 2016, 112*

Gewerbeordnung

§ 4 Abs. 3 GewO s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II *Breith. 2016, 827*

Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz

§§ 2 Abs. 1, 4 Abs. 3 JVEG s. § 173 Satz 1 SGG *Breith. 2016, 287*

§ 8a JVEG s. § 197a SGG *Breith. 2016, 574*

Insolvenzordnung

§§ 35 Abs. 2, 55 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 InsO s. §§ 84 Abs. 6, 106 Abs. 2, Abs. 5a, Abs. 5d SGB V *Breith. 2016, 203*

§§ 208 Abs. 1, 209 Abs. 1 Nr. 3, 210 InsO s. §§ 143 Abs. 3, 335 Abs. 3 Satz 2, Abs. 5 SGB III *Breith. 2016, 236*

Straßenverkehrsgesetz

§ 6 Abs. 1 Nr. 14 StVG s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV *Breith. 2016, 260*

Straßenverkehrsordnung

§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 StVO s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV *Breith. 2016, 260*

Versicherungsvertragsgesetz

§§ 1 Satz 1, 193 Abs. 1 VVG s. §§ 29 Abs. 3, 30 Abs. 1, 89 Abs. 1 Satz 1 und 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV *Breith. 2016, 945*

§§ 64 Abs. 1, 84 Abs. 1, 192 Abs. 6, 193 Abs. 3, 194 Abs. 1 VVG s. §§ 18, 23 SGB XI *Breith. 2016, 97*

Bundesverfassungsgerichtsgesetz

§§ 13 Nr. 11, 31, 80 ff. BVerfGG s. §§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2016, 785*

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

- Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG s. §§ 3 Satz 1, 39 Abs. 1 und 3, 42 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 und 3, 43, 43a, 71, 72 SGB XI** *Breith. 2016, 954*
- Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II** *Breith. 2016, 268*
- Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG s. § 7 Abs. 1 SGB II** *Breith. 2016, 734*
- Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II** *Breith. 2016, 839*
- Art. 2 Abs. 1 GG s. § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI** *Breith. 2016, 59*
- Art. 2 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG s. § 127 Abs. 2, Abs. 2a SGB V** *Breith. 2016, 112*
- Art. 3 GG s. § 56 SGB I** *Breith. 2016, 333*
- Art. 3, Art. 6 GG s. §§ 45 Abs. 1, Abs. 4, 49 Abs. 1 SGB V** *Breith. 2016, 863*
- Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 2 Abs. 1a, 13 Abs. 3 Satz 1 Alt. 2, 24a, 24b, 25, 26, 27 Abs. 1, 27a SGB V** *Breith. 2016, 193*
- Art. 3 Abs. 1 GG s. § 2, Einzelanl. Teil D Nr. 3 VersMedV** *Breith. 2016, 260*
- Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 20 Abs. 1, 22 Abs. 1 SGB II** *Breith. 2016, 751*
- Art. 3 Abs. 1 GG s. § 27 Abs. 1 Satz 1 SGB V** *Breith. 2016, 774*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG s. § 72 Abs. 5 SGB XII** *Breith. 2016, 254*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG s. §§ 5 Abs. 1 Nr. 7, 10 Abs. 3, 240 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 SGB V** *Breith. 2016, 391*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Art. 100 Abs. 1 GG s. §§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI** *Breith. 2016, 785*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 103 Abs. 2 GG s. §§ 81 Abs. 4, 95d SGB V** *Breith. 2016, 322*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 103 Abs. 1 GG s. §§ 95 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, 98 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 10 SGB V** *Breith. 2016, 585*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4 GG s. §§ 198, 200, 201 GVG** *Breith. 2016, 289*
- Art. 3 Abs. 3 GG s. §§ 1 Satz 1 Nr. 2, 9 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 Nr. 2, 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 SGB VI** *Breith. 2016, 146*
- Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG s. §§ 2 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 Satz 1 Altern. 2, 27 Abs. 1 Satz 1, 33 Abs. 1 Sätze 1 und 2, 34 Abs. 4 Satz 1 SGB V** *Breith. 2016, 7*

- Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG** s. § 21 Abs. 6 SGB II *Breith. 2016, 181*
- Art. 12, Art. 14 GG** s. §§ 175a, 354 SGB III *Breith. 2016, 933*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 35 Abs. 1, Abs. 1a, 106 Abs. 3, Abs. 3b Satz 6, 129 Abs. 1, 130a, 131, 300 SGB V *Breith. 2016, 497*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 75 Abs. 1, 77 Abs. 3, 82 Abs. 1, 85 Abs. 4b, 92 Abs. 1, 95, 98 Abs. 2 Nr. 10, 103 SGB V *Breith. 2016, 311*
- Art. 19 Abs. 4 GG** s. §§ 18, 23 SGB XI *Breith. 2016, 97*
- Art. 20 Abs. 2, Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG**
s. § 80 Abs. 1 Satz 4 SGB V *Breith. 2016, 18*
- Art. 20 Abs. 3 GG** s. §§ 22 Abs. 3, 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II *Breith. 2016, 374*
- Art. 20 Abs. 3 GG** s. §§ 73 Abs. 1 Sätze 3 und 4, 116 Sätze 1 und 2 SGB V *Breith. 2016, 597*
- Art. 87 Abs. 2 Satz 2 GG** s. §§ 143 Abs. 1, 157 Abs. 1, 159 Abs. 1 Satz 1, 161 Satz 4, 162 Satz 4, 163 Satz 3, 173 Abs. 2 SGB V *Breith. 2016, 214*
- Art. 103 Abs. 1 GG** s. § 60 Abs. 1 BVG *Breith. 2016, 995*
- Art. 104a Abs. 5, Art. 106 Abs. 8 GG** s. § 6b SGB II *Breith. 2016, 654*

**Verordnung (EG) Nr. 883/2004
zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit**

- Art. 5 VO (EG) Nr. 883/2004** s. § 143 Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB III *Breith. 2016, 1022*
- Art. 62 Abs. 3, Art. 65 Abs. 5 Buchst. a) VO (EG) Nr. 883/2004**
s. §§ 150, 151 Abs. 1 Satz 2, 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2016, 1005*

**Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen
Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige,
die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern**

- Art. 4 Abs. 1 Buchst. g VO (EWG) Nr. 1408/71** s. §§ 175a, 354 SGB III *Breith. 2016, 933*

**Richtlinie (EG) Nr. 83/2004 des Rates der Europäischen Union
über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaats-
angehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig
internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt
des zu gewährenden Schutzes (Qualifikationsrichtlinie)**

- Art. 23 Abs. 2, Art. 28 RL (EG) Nr. 83/2004** s. § 7 Abs. 1 SGB II *Breith. 2016, 734*

Europäische Menschenrechtskonvention

Art. 6, Art. 41 EMRK s. §§ 198, 200, 201 GVG *Breith. 2016, 289*

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Art. 1 Abs. 2 UN-BRK s. §§ 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 33 Abs. 1, 34 Abs. 4 SGB V *Breith. 2016, 408*

Art. 5 UN-BRK s. § 72 Abs. 5 SGB XII *Breith. 2016, 254*

Art. 5 Abs. 2 UN-BRK s. §§ 1 Satz 1 Nr. 2, 9 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 Nr. 2, 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 SGB VI *Breith. 2016, 146*

Entscheidungen

(nach Gericht und Verkündungsdatum)

Bundessozialgericht

17. 12. 2014	B 8	SO 18/13 R	66
11. 2. 2015	B 4	AS 26/14 R	175
11. 2. 2015	B 4	AS 27/14 R	181
11. 2. 2015	B 6	KA 4/14 R	18
11. 2. 2015	B 6	KA 11/14 R	311
11. 2. 2015	B 6	KA 19/14 R	322
25. 2. 2015	B 3	P 15/14 B	92
10. 3. 2015	B 1	A 10/13 R	214
24. 3. 2015	B 8	SO 12/14 R	170
24. 3. 2015	B 8	SO 16/14 R	669
24. 3. 2015	B 8	SO 20/13 R	365
25. 3. 2015	B 6	KA 21/14 R	303
25. 3. 2015	B 6	KA 24/14 R	116
22. 4. 2015	B 3	KR 2/14 R	112
22. 4. 2015	B 3	KR 3/14 R	7
22. 4. 2015	B 3	P 8/13 R	97
23. 4. 2015	B 2	U 6/13 R	134
23. 4. 2015	B 2	U 10/14 R	224
23. 4. 2015	B 5	RE 21/14 R	51
23. 4. 2015	B 5	RE 23/14 R	59
24. 4. 2015	B 4	AS 32/14 R	82
5. 5. 2015	B 10	ÜG 8/14 R	289
28. 5. 2015	B 7	AY 4/12 R	734
28. 5. 2015	B 12	R 16/13	236
16. 6. 2015	B 13	R 12/14 R	146
25. 6. 2015	B 14	AS 28/14 R	374
25. 6. 2015	B 14	AS 40/14 R	77
15. 7. 2015	B 6	KA 30/14 R	203
15. 7. 2015	B 6	KA 31/14 R	694
23. 7. 2015	B 2	U 9/14 R	522
23. 7. 2015	B 2	U 15/14 R	349
23. 7. 2015	B 5	RE 17/14 R	356
29. 7. 2015	B 12	KR 4/13 R	611
29. 7. 2015	B 12	KR 23/13 R	637
11. 8. 2015	B 9	BL 1/14 R	254
11. 8. 2015	B 9	SB 2/14 R	260
19. 8. 2015	B 6	KA 41/14 R	513
19. 8. 2015	B 14	AS 13/14 R	369
8. 9. 2015	B 1	KR 1/15 R	379
8. 9. 2015	B 1	KR 16/15 R	508
8. 9. 2015	B 1	KR 27/14 R	687
8. 9. 2015	B 1	KR 28/14 R	604
8. 9. 2015	B 1	KR 36/14 R	681
12. 9. 2015	B 1	KR 15/14 R	193

30. 9. 2015	B 3 KR 1/15 R	497
30. 9. 2015	B 3 KR 14/14 R	408
30. 9. 2015	B 3 KR 22/15 B	578
30. 9. 2015	B 12 KR 15/12 R	785
7. 10. 2015	B 8 SO 19/14 R	820
7. 10. 2015	B 8 SO 21/14 R	924
28. 10. 2015	B 6 KA 12/15 B	597
28. 10. 2015	B 6 KA 15/15 R	399
29. 10. 2015	B 12 KR 11/15 C	383
2. 11. 2015	B 13 R 17/14 R	435
2. 11. 2015	B 13 R 27/14 R	540
11. 11. 2015	B 12 KR 10/14 R	903
11. 11. 2015	B 12 R 2/14 R	724
12. 11. 2015	B 14 AS 50/14 R	654
18. 11. 2015	B 9 V 1/14 R	810
18. 11. 2015	B 12 KR 21/14 R	391
25. 11. 2015	B 3 KR 12/15 R	489
25. 11. 2015	B 3 KS 3/14 R	673
3. 12. 2015	B 4 AS 47/14 R	751
10. 12. 2015	B 12 SF 1/14 R	484
15. 12. 2015	B 1 KR 14/15 R	1027
15. 12. 2015	B 10 ÜG 1/15 R	853
16. 12. 2015	B 6 KA 19/15 R	585
16. 12. 2015	B 12 KR 19/14 R	962
17. 12. 2015	B 2 U 8/14 R	892
20. 1. 2016	B 14 AS 35/15 R	839
18. 2. 2016	B 3 KR 10/15 R	863
18. 2. 2016	B 3 KR 15/15 R	873
18. 2. 2016	B 3 P 2/14 R	954
8. 3. 2016	B 1 KR 35/15 R	774
16. 3. 2016	B 9 V 6/15 R	995
17. 3. 2016	B 11 AL 3/15 R	933
17. 3. 2016	B 11 AL 4/15 R	1022
24. 3. 2016	B 12 R 3/14 R	977
24. 3. 2016	B 12 R 12/14 R	983
19. 4. 2016	B 1 KR 21/15 R	857
20. 4. 2016	B 8 SO 5/15 R	991
31. 5. 2016	B 1 A 2/15 R	945
31. 5. 2016	B 1 KR 39/15 R	950

Landessozialgerichte

Bay. LSG

18. 8. 2015	L 3 SB 231/13	191
25. 9. 2015	L 2 SF 64/13 B	86
27. 10. 2015	L 3 SB 185/13	558
11. 11. 2015	L 2 U 308/13	419
20. 11. 2015	L 3 SB 52/13	577
28. 4. 2016	L 3 SB 20/16	646
24. 5. 2016	L 3 U 385/14	708

LSG Baden-Württemberg

24. 3. 2015	L 11 R 1130/14	151
23. 4. 2015	L 11 R 3224/14	244
20. 7. 2015	L 1 U 5238/14	38
22. 7. 2015	L 6 U 2394/15	29
24. 7. 2015	L 8 AL 2364/14	276
27. 8. 2015	L 6 VS 4569/14	158
17. 12. 2015	L 6 VG 4685/14	546
18. 1. 2016	L 1 U 4104/14	336
26. 1. 2016	L 11 R 3854/13	431
29. 1. 2016	L 8 AL 2766/13	462
29. 1. 2016	L 8 U 2950/14	627
17. 3. 2016	L 6 U 4904/14	698
18. 3. 2016	L 8 U 3578/15	884
14. 6. 2016	L 9 U 842/16	969
22. 7. 2016	L 8 AL 15/16	1005

LSG Niedersachsen-Bremen

6. 10. 2015	L 6 AS 1349/13	649
15. 10. 2015	L 6 AS 1100/15	570
27. 11. 2015	L 11 AS 941/13	566
21. 1. 2016	L 6 AS 1200/13	480

LSG Nordrhein-Westfalen

27. 8. 2015	L 20 AY 50/15 B	89
23. 3. 2016	L 20 AY 38/16 B ER	911
11. 4. 2016	L 20 SO 35/15	759
23. 5. 2016	L 20 SO 139/16 B ER	742
20. 6. 2016	L 20 AL 135/14	1012

LSG Rheinland-Pfalz

20. 8. 2015	L 5 KR 149/14	197
5. 11. 2015	L 3 AS 479/15 B ER	268
10. 12. 2015	L 5 P 39/15	333
27. 1. 2016	L 4 VS 6/14	442
22. 2. 2016	L 5 KR 269/15 B	574
2. 3. 2016	L 6 R 504/14	529
20. 4. 2016	L 4 R 318/14	716
2. 6. 2016	L 5 KR 66/15 KL	769

LSG Sachsen-Anhalt

27. 11. 2014	L 8 SO 34/12	69
15. 7. 2015	L 2 AL 72/13	660
3. 9. 2015	L 6 U 96/13	127
1. 10. 2015	L 6 KR 36/11	297
17. 12. 2015	L 6 KR 31/13	385
5. 1. 2016	L 11 AS 1724/15 B ER	667
5. 4. 2016	L 2 AS 102/16 B ER	827

LSG Schleswig-Holstein

12. 6. 2015	L 9 SO 47/12	455
-------------	--------------	-----

8. 7. 2015	L 8 U 77/12	425
20. 8. 2015	L 5 KR 152/15 B ER	1
26. 8. 2015	L 5 SF 114/15 B E	189
14. 10. 2015	L 5 AR 98/15 B KO	287
14. 12. 2015	L 5 KR 242/14 B	765
16. 3. 2016	L 8 U 71/12	778
16. 3. 2016	L 8 U 79/13	619
23. 3. 2016	L 5 R 117/14	900
11. 4. 2016	L 5 SF 272/14 B E	939
23. 5. 2016	L 5 SF 12/14 E	849

Sachregister

(alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)

A

- Abfindungsbetrag 151
 Abgrenzung degenerativer von traumatischer Schädigung 29
 abhängige Beschäftigung 431, 462, 724, 903
 Ablegung der Laufbahnprüfung 435
 Ablehnung eines Sachverständigen 577
 Absetzung von Beiträgen 566
 Absetzungen von Einkommen 566
 Abstoßungsgefahr 385
 Abweichung vom Regelsatz 991
 Abzweigung 480
 Afghanistan-Einsatz 442
 aktueller wissenschaftlicher Wissensstand 224
 Alkoholkonsum 778
 alkoholtypische Ausfallerscheinungen 778
 Alleininhaber 637
 allgemeine Tatsache 224
 allgemeiner Erfahrungssatz 224
 Altfall 289
 Ambulante Operation 950
 ambulante Untersuchung 385
 ambulanter Pflegedienst 244
 Amtsermittlungsgrundsatz 134, 385, 810
 Analogleistungen 734
 anderer Kostenträger 385
 Anfechtungsklage 214, 694
 Anfrageverfahren 983
 Angelegenheiten nach dem SGB II 566
 Angemessenheit des Hausgrundstücks 170
 Angriffssituation 442
 Anhörungsrüge 383
 Annex des Beitrittsrechts 112
 Anordnung des persönlichen Erscheinens 191
 Anordnungsanspruch 1
 Anordnungsgrund 1
 Anspruch auf Landesblindengeld 254
 Anspruch auf Winterbeschäftigungsförderung 933
 Anspruch eines Mannes auf Perücke 7
 Anspruch von EU-Bürgern auf Existenzsicherung zum Lebensunterhalt 742
 Anstellungsvertrag 903
 anteilige Kostentragung 810
 Antrag auf Beschädigtenversorgung 995
 Antrag auf Statusfeststellung 977
 Antrag auf Zurückweisung der Berufung 59
 Antragsberechtigung 69
 Antragsteller aus fremdem Sprach- und Kulturkreis 995
 Antragsverfahren nach § 7a SGB IV 431
 Anwartschaft 151
 Anwartschaft auf Arbeitslosengeld 1012
 Anwärterbezüge 435
 Anzeigepflicht 827
 Arbeitgeber 38
 arbeitnehmerähnliche unversicherte Geschäftstätigkeit 627
 Arbeitnehmervereinigung 604
 Arbeitsablauf der Praxis 716
 Arbeitsbereitschaft 462
 Arbeitsentgelt 151, 660, 1005
 arbeitsfreie Tage 1012
 Arbeitslosengeld II 175, 181, 369, 374, 480, 566, 570
 Arbeitslosengeldanspruch 1022
 Arbeitslosmeldung 462
 arbeitsmedizinische Voraussetzung 134
 Arbeitsschutzvorschriften 529
 Arbeitsstättenverordnung 529
 arbeitstechnische Voraussetzung 134
 Arbeitsunfall 127
 Arthroskopie 29
 Arzneikostenregress 203
 Arzneimittel 497
 Arzt 716
 Arzt für Kinder- und Jugendmedizin 597
 Arzt-Patienten-Kontakt 950
 Asthmaerkrankung 708
 Asylantrag 89
 Asylbewerberleistung 734
 Aufenthalt zur Arbeitsuche 839

- Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen 839
 Aufgabe einer Innung 112
 Aufgabenteilung 69
 „aufgelockerter“ Schulunterricht 698
 aufgeschobene Versicherungspflicht 977
 Aufhebung einer Rentenbewilligung 540
 Aufhebungsverwaltungsverfahren 540
 Aufklärungspflichten der Schiedsstelle 924
 Aufnahmebescheid 425
 Aufnahmeuntersuchung 857
 Aufrechnung 374
 Aufrechterhaltung getrennter Wohnsitze 181
 Aufsichtsbehörde 945
 aufsichtsbehördliche Anordnung 214
 Aufsichtsklage 214
 Aufsichtsmaßnahme 945
 aufsichtsrechtlicher Zuständigkeitsbereich 214
 Auftraggeber 51
 Aufwendungsersatz 349
 Auslandseinsatz 442
 Auslandseinsatz der Bundeswehr 442
 Auslandskrankenversicherung 945
 Auslandsreise 945
 Ausschluss des gewöhnlichen Aufenthaltes 365
 Ausschlussfrist 349, 1027
 Ausschüsse der Vertreterversammlung 18
 Auswählermessen 529
 Auszahlungsanspruch 962
- B**
- bandscheibenbedingte Erkrankung 134, 224
 Bandscheibenerkrankung – Halswirbelsäule 884
 Beamtenverhältnis auf Widerruf 435
 Bedarf für Unterkunft und Heizung 77
 Beendigung der Beschäftigung 1022
 Beendigung des Beamtenverhältnisses 435
 Beendigung des Rechtsverhältnisses 82
 Befangenheit 86
 Befangenheitsantrag 577
 Befreiung von der Rentenversicherungspflicht 431
 Befreiung von Verpflichtung zur Beitragsentrichtung 236
 Begriff der Behinderung 408
 behandelnder Arzt 546
 Behandlungsfrequenz 385
 Behandlungsplan 244
 Beheizen des Wohnhauses eines landwirtschaftlichen Unternehmens 419
 Behindertenwerkstatt 455
 Beitragsbemessung 785
 Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder 391
 Beitragsbescheid 765
 Beitragsnachforderungen 236
 Beitragspflicht 962
 beitragspflichtige Altersversorgung 151
 beitragspflichtige Einnahmen 435
 Beitragsrecht 522
 Beitragsrückstand 508
 Beitragszuschlag für Kinderlose 333
 Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung 425
 Bekanntgabe 977
 Bekanntgabe des Wahlergebnisses 18
 Belehrung 287
 Bemessung von Arbeitslosengeld 1005
 Bemessungsentgelt 660
 beratender Arzt 86
 Beratung und Aufklärung 769
 Beratungsarzt 86
 Beratungspflicht des Jugendamts 995
 Berechnung 522
 Berechnung des Nachversicherungsbeitrages 435
 Bereitschaftsdienstordnung 513
 Berufsausübung 529
 Berufsgenossenschaft 86
 Berufskrankheit 134, 708
 Beschäftigung 977
 Beschränkung auf das Fachgebiet 597
 Beschwerdefrist 287
 Beschwerdewert 939
 besondere berufliche Betroffenheit 810
 besonderes Dienstverhältnis 660
 besonderes Milieu des Wehrdienstes 442
 Besorgnis der Befangenheit 577
 Besprechung 939
 bestandskräftiger Ablehnungsbescheid 69
 Bestandsschutzregelung 66

- Bestandteil des Regelbedarfs 751
Besuche bei erkranktem Elternteil 991
Betreuung und Erziehung von Kindern 785
Betrieb 489
betriebliche Gründe 127
Betriebs- und Heizkostennachforderung 77
Betriebsurlaubnis 827
Betriebshilfe 489, 873
Betriebsprüfung 236, 765
Betriebsweg 127
Beurteilungsspielraum des Tatrichters 170
Beweiserleichterung nach § 15 VfG-KOV 442
Beweislast 892
Beweislastentscheidung 97
beweispflichtiger Kläger 462
Beweiswürdigung 546
Bewirtschaftung 425
bildgebende Verfahren 29
Bildung einer Teil-BAG 116
Bindungswirkung gegenüber Revisionsgericht 224
Blindheit 254
Blutuntersuchung 769
Bodenbewirtschaftung 873
böartige Erkrankung 646
Brennholz für den Eigenbedarf 419
Brustamputation 774
Brustanlage 774
Brustrekonstruktion 774
Brustvergrößerung 774
Bühnentanz 673
Bundesagentur/-anstalt für Arbeit 1012
Bundesmantelvertragspartner 116
- C**
celebrale Störung des Sehvermögens 254
- D**
DDR 810
deklaratorische Feststellung der Zuständigkeit 214
Diagnostik 1
direkte Gewalteinwirkung 29
Direktversicherung 962
Diskriminierungsverbot 254
- Disziplinarmaßnahmen bei Weigerung zur Teilnahme an geeigneten Fortbildungsmaßnahmen 513
Doppelbezug 863
Doppeltatbestand 379
dringlicher Aufenthalt 911
DRV Bund 977, 983
Durchführung der Pflege 244
- E**
echte Leistungsklage 69, 681
Eilfall 911
eingeholtes Gutachten 97
eingeschränkte gerichtliche Kontrolle 820, 924
Eingliederungsvereinbarung 276
einheitliche Beschädigtenrente 810
Einheitlichkeit der Rechtsprechung 853
Einkommen 570
Einkommensberücksichtigung 82, 566
einmalige Einnahmen 82
Einnahme 522
Einsatzunfall 442
einseitig Oberschenkelamputierter 260
Einsichtnahme 681
einstweiliger Rechtsschutz 667, 742
Einwand der Zahlungsbefreiung 236
Einwirkungsbelastung 224
Einzel-GdB 558
Einzelweisungen des Pflegedienstes 244
Elektrollstuhl 297
Eltern 785
Elternteil 333
Elternzeit 863
Empfehlungsmarketing 51
Ende des Verletztengeldanspruch 336
Entgeltbestandteil 522
Entgeltcharakter 660
entgeltlichen Praktikumsbeschäftigung 1005
Entscheidungen der Finanzbehörden 611
Entscheidungsreife 669
Erbbaurecht 170
Erbengemeinschaft 92
Erbringung von Leistungen für Erwachsene 597
Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen 66
Erfüllungseinwand 236

ergänzendes Schutzzertifikat 497
 Erinnerung 939
 Erledigung des Zulassungsverfahrens 694
 Ermessensbindung 276
 Ermessensleistungen 827
 Ermittlung des Arbeitseinkommens 611
 Erstattung der Kopierkosten 849
 Erstattung von Fahrtkosten 991
 Erstattungsanspruch 365, 369, 1027
 Erstattungsanspruch eigener Art 349
 Erstattungsstreit 69
 Erwerbseinkommen 480
 Erwerbstätigkeit 480
 existenzsichernde Leistungen 742
 externer Vergleich 820

F

Fachgebietsgrenzen 950
 Fahrerlaubnis 827
 Fahrkostenerstattung 687
 Fahrtkosten 385
 Familienangehörige 969
 Familiengesellschaft 637
 familienhafte Mithilfe 969
 Familienversicherung 197
 Fehlen von Entscheidungsgründen 356
 fehlende Rechtsgrundlage 455
 fehlende Rechtsmacht 637
 fehlendes Körperteil 408
 feste Einrichtung 827
 Festlegung des individuellen Bedarfs 991
 Festlegung eines Eingliederungsziels 276
 Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft 558
 Feststellungsbegehren 853
 Feststellungsklage 497
 Fiktivbemessung 1005
 fiktive Bemessung 660
 Finanzierungsregelung im Innenverhältnis 349
 Fingerendgliedprothese 408
 fleischlose Ernährung 769
 Folgequartal 322
 Forderungsausfall 399
 forensisch tätige Sachverständige 546
 Formen modernen Unterrichts 698
 Formfehler 322
 forstwirtschaftliche Nutzfläche 419
 forstwirtschaftlicher Unternehmer 425

Fortbildungsnachweis 322
 Frauenhaus 911
 Freibetrag 391, 480
 freie Beweiswürdigung 810
 freie Mitarbeiter 244
 Freiwilligendienst 197
 freiwilliges soziales Jahr 660
 Frist für Wahlanfechtung 18
 Frist zur Einlegung der Beschwerde 287
 Fristversäumnis 995
 Führerschein 827
 Funktionsstörung der LWS 558

G

ganzjährige Beschäftigung 933
 Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens 529
 Gebrauchsvorteile 408
 geeignete Schätzungsmethode 751
 Gefallen 627
 Gegenstand eines Klageverfahrens 431
 gegliedertes Sozialleistungssystem 69
 Geldleistung 660
 Gelenksdiagnostik 29
 Gemeinschaftseigentum 369
 Gemeinschaftsunterkunft 89
 gemischte Motivationslage 127
 gemischte Tätigkeit 127
 Genehmigungsfähigkeit einer Teil-Berufsausübungsgemeinschaft (Teil-BAG) 116
 generelle Tatsache 224
 Generikaabschlagspflicht 497
 Genetische Präfertilsierungsdiagnostik 193
 geöffnete Innungskrankenkasse 214
 gerichtlicher Gutachter 577
 gerichtlicher Sachverständiger 546
 Gerichtskosten 189, 759
 Gesamtbeeinträchtigung 558
 Gesamtbetrag 82
 Gesamtbild der Tätigkeit 627
 Gesamt-GdB 558
 Gesamtsozialversicherungsbeiträge 236, 765
 Gesamtvergütung 399
 „Gesamtzahl“ behördenfremder Unterzeichner 604
 Geschäfte der Gesellschaft 637

Geschäftsführer 724
 Gesellschafterversammlung 724, 903
 gesetzlich vorgeschriebene private Versicherung 566
 gesetzliche Schülerunfallversicherung 698
 Gesetzliche Unfallversicherung 522
 gesetzlicher Vertreter 995
 gesetzwidrig Begünstigter 540
 Gestaltungsfreiheit der KÄV 513
 Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 268
 Getrenntleben der Ehegatten 181
 Gewerbeanmeldung 827
 Gewinnerzielungsabsicht 827
 glaubhafte Angaben 462
 Glaubhaftigkeitgutachten 810
 Gleichbehandlungsgebot 774
 Gleichbehandlungsgrundsatz 1005
 Gleichheitssatz 260
 Gleichstellung 260
 GmbH 903
 Grad der Behinderung 408, 558
 Grad der Schädigungsfolgen 408
 Grenzgänger 1005
 Grundbedürfnis 297
 Grunderkrankung 385
 Grundsicherung für Arbeitsuchende 566
 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 991
 Grundstück im Naturschutzgebiet 425
 Gründungsvertrag einer Teil-BAG 116
 Gründungszuschuss 276
 Gruppenprojektarbeit 698
 Gültigkeit einer Vorschlagsliste 604
 Gutachten zur Ermittlung des Pflegebedarfs 97

H

Haager Landkriegsordnung 759
 haftungsbegründende Kausalität 134
 hälftiger Versorgungsauftrag 311
 Handlungstendenz 127, 627, 892
 Handwerksrolle 214
 Härteregelung 810
 Hauptberuflichkeit 611
 Haushaltsmittelveruntreuung 654
 häuslicher Wohnbereich 954
 Heilungsbewährung 646
 Heizungsanlage 751

Heranziehung eines ausschließlich psychotherapeutisch tätigen Arztes 513
 Heranziehung zu einem Kostenbeitrag 669
 Herberge am Einrichtungsort 365
 Hilfe in sonstigen Lebenslagen 991
 Hilfe zum Lebensunterhalt 66
 Hilfebedürftigkeit 77
 Hilfsmittel 7, 297, 408, 529
 Hilfsmittelerbringer 112
 Hochfrequenzstrahlung 619
 Hofübergabe- oder Altenteilervertrag 419
 höhenverstellbarer Schreibtisch 529
 höhere Verletztenrente 522
 höherer Beweiswert 546
 Honorarkürzung 322
 HWS-Distorsion 546

I

individuelle Gleichstellungsprüfung 260
 Infektionsrisiko 385
 Informationsrecht 112
 innere-subjektive Tatsache 462
 Insolvenzverfahren 203
 Insolvenzverwalter 236
 Intensivpfleger 244
 Internetanschluss 649
 Investitionskosten 820
 ionisierende Strahlen 619
 isolierte Meniskusverletzung 29

J

Jahresarbeitsverdienst 522
 Jahresfrist 995
 juristische Person 627

K

Kapitaleistung 962
 Kassenärztliche Vereinigung 399
 Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung 322
 Kausalität aus Rechtsgründen 442
 Kausalitätsprüfung 442
 kein Anlass zu Ermittlungen von Amts wegen 991
 kein wirksamer Widerruf 379
 keine Anfechtbarkeit wegen Irrtums 379
 keine isolierte Anfechtung 667

Kenntnisgrundsatz 991
 Kfz-Haftpflichtversicherung 566
 Kfz-Halter 566
 Kindererziehung 462
 Kindergeld 570
 Kinderkardiologie 597
 Kinderkrankengeld 863
 Klage eines Miterben 92
 Klageänderung 59
 Klagerücknahme 69
 kleiner Entschädigungsanspruch 853
 Kniegelenk 29
 kombinierte Anfechtungs- und Leistungs-
 klage 681
 Kommanditgesellschaft 873
 konkrete Willensbildung 462
 Konkurrenzverhältnis zweier Sozialleis-
 tungsträger 349
 Konsensempfehlungen 134
 „Kopf und Seele“-Rechtsprechung 637
 Kopierkosten 849
 Korrekturmöglichkeiten 369
 Kosten der Wahrnehmung des Umgangs-
 rechts 181
 Kostenentscheidung 189, 667
 Kostenerstattung 69, 385
 Kostenerstattung bei Aufenthalt in einer
 Einrichtung 365
 Kostenerstattung bei Selbstbeschaffung
 489
 Kostenfolgen bei unverwertbarem Gut-
 achten 574
 kostenfreies Verfahren 759
 kostenpflichtiger Beteiligter 574
 Kostenprivilegierung 189
 Kraftentfaltung 884
 Krankenbehandlungskosten 778
 Krankenhausbehandlung 950, 1027
 Krankenkasse 146
 Krankenkassenwechsel 508
 Krankenpflegeberuf 356
 Krankenversicherung 508, 769, 785
 Krankenversicherung der Landwirte 489,
 873
 Krankenversicherung der Rentner 611
 krankheitsbedingter Ausfall der Arbeits-
 kraft 489
 Krebserkrankung 646
 Krieg in Afghanistan 158

Kunstbein 260
 künstlerische Tätigkeit 673
 Künstlersozialversicherung 673
 Kürzung der Maßnahmenpauschale 455
 Kürzung des Regressbetrages 203
 Kurzzeitpflege 954

L

landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
 349
 landwirtschaftlicher Unternehmer 349,
 419, 489
 längerfristige Bleibeperspektive 839
 Lastenausgleich 349
 laufende Einnahmen 82
 Lehre darstellender Kunst 673
 leichte Gesundheitsstörung 558
 Leistung 522
 Leistungen zur Existenzsicherung 268
 Leistungsausschluss 734
 Leistungsausschluss für Ausländer 839
 Leistungsausschluss nach SGB II 268
 Leistungsberechtigung 827
 Leistungserbringer 1
 Leistungserbringer von Hilfsmitteln 112
 Leistungserbringung 950
 Leistungskatalog der gesetzlichen Kran-
 kenversicherung 193
 Leistungsrecht 522
 Leistungsrecht der Arbeitsförderung 637
 leistungsrechtliche Gleichbehandlung 7
 Leistungsträger 911
 Leistungsumfang 489
 Leistungszuständigkeit 810
 leitender Angestellter 724
 Lendenwirbelsäule 134
 letzte Tatsacheninstanz 203
 LKW-Fahrer 522

M

Mainz-Dortmunder-Dosismodell 134,
 224
 Mamma-Augmentationsplastik 774
 Massenzulassung 694
 Masseunzulänglichkeit 236
 Masseverbindlichkeit 203
 materielles Aufenthaltsrecht 268
 maximaler Bewilligungszeitraum 954
 Medieninformationen des BSG 383

- medizinische Leistungen 146
 medizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse 619
 mehr als zehnjährige Befreiung 513
 Mehraufwands-Wintergeld 933
 Mehrbedarf 181
 Mehrbedarf bei Alleinerziehung 175
 Mehrheitsstimmrechte 724
 Merkmale aG 260
 Mietkautionsdarlehen 374
 mietrechtliche Rechtsprechung 751
 Minderheitsgesellschafter 724
 Minderheitsgesellschafter-Geschäftsführer 903
 Minderung der Beitragsbelastung 785
 Mindestgrenze 385
 missbrauchsbedingte Schwangerschaft 810
 Miterben 92
 Mitgesellschafter der juristischen Person 627
 Mittagessen 660
 Mitunternehmer 873
 Mitwirkungspflichten der Vertragsparteien 924
 Mobilitätseinschränkung 385
 moderne Kommunikationsgesellschaft 577
 MRT 29
- N**
- Nacherichtung von Beiträgen 765
 Nachhaltigkeit 827
 Nachholung nach Ablauf der Fünfjahresfrist 322
 Nachlass 92
 Nachsendeauftrag 649
 nächsterreichbarer Leistungserbringer 687
 Nachtdienst 716
 Nachteilsausgleich 260
 nachträgliche Anordnung 191
 Nachversicherung 435
 Nahbereich 297
 Nebenkostennachforderungen 77
 Nebentätigkeitsgenehmigung 585
 neuer Bedarf 991
 nicht hälftige Teilung der Kinderbetreuung und -erziehung 175
 nichteheliche Lebensgemeinschaft 333
 Nichtzulassungsbeschwerde 92, 578
 Niederlassungsfreiheit 827
 Notdienst 513
 notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen 66
 Nutzung einer Prothese 260
 Nutzungsentschädigung 369
- O**
- objektiv empfundene Entstellung 7
 Objektivität von Gutachtern 97
 öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch 654
 öffentlich-rechtliches Behandlungsverhältnis 681
 Opferentschädigung 810
 Optionskommune 654
 organisatorische Struktur 827
 Orientierungswert 134
 örtliche Zuständigkeit 820
 örtliche Zuständigkeit für stationäre Leistungen 365
- P**
- Patentfreiheit 497
 Patientenakte 681
 Personalkosten 924
 persönliches Erscheinen 191
 Pfändung 962
 Pflegegeld 92
 Pflegeversicherung 333, 785
 Pflicht zur Prüfung sämtlicher Sachurteilsvoraussetzungen 59
 Pflicht zur Vorleistung 69
 pflichtversicherte unterhaltsberechtigter Kinder 391
 Polkörperdiagnostik 193
 posttraumatische Belastungsstörung 442, 546
 potentieller Arbeitgeber 38
 Präklusion 289
 Prävention 297
 Praxisbesonderheiten 203
 Prinzip der Spiegelbildlichkeit 18
 private Gründe 127
 private Pflegeversicherung 97
 private Tätigkeiten 419
 privater Bauherr 969

Privatinsolvenzverfahren 962
 privilegiertes Vermögen 170
 Prophylaxe 297
 Prozessstandschaft 69
 prozessuales Anerkenntnis 379
 Prozesszinsen 654
 Prüfungsgremien 203
 psychische Diagnose 158
 PTBS 158
 Publizitätsgrundsatz 995

Q

Qualifikationsgruppen 1005
 Qualifizierung einer Einnahme 82
 Quorum 604

R

räumlich kürzeste Wegstrecke 687
 rechtlich unselbstständige Eigeneinrichtung 681
 rechtliches Gehör 97, 585
 Rechtsänderung während Revisionsverfahren 954
 Rechtsfolgenbelehrung 38
 rechtsgeschäftliche Übertragung 724
 Rechtsmittelfrist 287
 Rechtsunkenntnis 995
 Rechtsweg zu den Sozialgerichten 89
 Rechtswegzuständigkeiten 484
 rechtswidrige Mittelverwendung 654
 Reduzierung der Gesamtvergütung 399
 Reduzierung des Streitwerts 853
 Regelbeispiel 260
 regelmäßiger Anspruch von Frauen bei Kahlköpfigkeit 7
 Regelungszweck der Zuzahlungen 1027
 Regressbetrag 399
 reine Prozessklärung 379
 relative Fahruntüchtigkeit 778
 Rentenbezug 611
 Rentenstammrecht 540
 Rentenversicherung 785
 Rentenversicherungsträger 431
 Restleistungsvermögen 146
 Restschuldbefreiung 962
 Rettungssanitäter 158
 Revisibilität von Landesrecht 254
 Revisionsbegründung 1022
 Revisionsgericht 170

revisionsgerichtliche Überprüfung: offensichtliche Unrichtigkeit 224
 Rheumabehandlung 1
 Richtgrößenüberschreitung 203
 Richtgrößenregress 399
 Rollstuhlzuggerät 297
 Röntgenstrahlung 619
 Rückerstattungsanspruch 1027
 Rückforderung der überzahlten Leistung 540
 rückwirkende Leistungsgewährung 995
 rückwirkende Rentenbewilligung 66
 Rügezeitpunkt 289, 853
 Ruhen des Krankengeld-Anspruchs 863

S

Sachaufklärungspflicht 92
 Sachbezüge 660
 Sachleistung 660
 sachlicher Zusammenhang 127, 892
 Sachverständigenentschädigung 574
 Sachverständiger 86
 Satzung 769
 Schadensersatzklage einer Krankenkasse 578
 schädigende Strahlenexposition 619
 Schätzung 751, 849
 Schätzung – Zweckbestimmung 522
 schicksalhafte Erkrankung 708
 Schiedsstelle 820, 924
 Schmerz- und Erschöpfungssyndrom 708
 schriftliche Urteilsgründe 383
 schulorganisatorischer Rahmen 698
 Schutzbereich 127
 Schutzbereich der Unfallversicherung 698
 Schweiz 1005
 Schweizer Eidgenossenschaft 1005
 Schwerbeschädigung 810
 Schwerpunktbezeichnung 597
 Seelotse 900
 Seemannskasse 900
 Sehstörung 254
 Sekundärschäden 297
 selbst genutztes Hausgrundstück 170
 Selbständigkeit 900
 selbstständig tätiger Logopäde 356
 selbstständige Tätigkeit 724, 903
 selbstständiger Ernährungsberater 59

- Selbstständigkeit 611, 716, 900
 Selbstzahler 391
 sexueller Missbrauch 810
 Soldatenversorgung 442
 Solidaritätsgrundsatz 349
 sonstige nicht ehrenamtliche Tätigkeit 585
 sozial erfahrene Dritte 669
 Soziales Entschädigungsrecht 995
 sozialgerichtliches Verfahren 59, 289, 356
 Sozialgerichtsbarkeit 604, 759
 Sozialhilfe 480, 924, 991
 Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch 995
 sozialrechtliches Dreiecksverhältnis 455
 sozialrechtliches Verwaltungsverfahren 995
 Sozialrechtsweg 578
 Sozialversicherung 977
 Sozialversicherungspflicht 637, 724, 983
 sozialversicherungsrechtliche Portabilität 484
 Sozialversicherungswahl 604
 Spesen 522
 spezifisches Wegerisiko 892
 sportliche Fitness 673
 Sprungrevision 356
 stationäre Behandlung 385
 Stationäre Einrichtung 954
 stationersetzende Behandlung 385
 Statusbeurteilung 637
 Statusfeststellungsverfahren 765, 983
 Steh-Sitzdynamik 529
 Steuerfreiheit 522
 Stiefkind 333
 Stimmrechtsübertragung 724
 Streitwert 92
 Streitwertbestimmung 765
 Stromkosten 751
 subjektive Verfügbarkeit 462
 subsidiärer Schutzstatus 734
 Synallagma 522
- T**
 Tanzlehrerin 673
 tarifliche Eingruppierung 924
 Taschengeld 660
 Tätigkeit am Radargerät P-12 619
- Tätigkeit aufgrund ärztlicher Verordnung 356
 Tätigkeit in freier Praxis 585
 tatrichterliche Würdigung 260
 tatsächliche Arbeitsleistung 1012
 technische Arbeitshilfe 529
 Teilbarkeit des Streitgegenstandes 669
 Teil-Berufsausübungsgemeinschaft 303
 Teilhabe am Arbeitsleben 529
 Teilhabebeeinträchtigung 408, 558
 teilstationäre Krankenhausbehandlung 857
 Teilzeitbeschäftigung 455
 Teilzulassung mit hälftigem Versorgungsauftrag 311
 Telefonanschluss 649
 Telefonat 939
 Terminberichte des BSG 383
 Termingebühr 939
 Tiermastbetrieb 873
 Träger der Rentenversicherung 146
 Training 673
 Transplantation 385
 Traumakriterium 158
 Trunkenheit im Verkehr 778
- U**
 Überbelastung 297
 Überbrückungsgeld 900
 Übergangsgeld 1005
 Übergangsgeldanspruch 336
 Übergangsheim 89
 Übergangsregelung 260
 Überkapazität an Pflegeplätzen 820
 überlanges Gerichtsverfahren 289, 853
 Überprüfung der rechtlichen Vorgaben 945
 überschlägige Schätzung 849
 Übertragung eines Wertguthabens 484
 Umgangsrecht 181
 Umlage 933
 Umschulung 1005
 Umzugskosten 649
 Unabweisbarkeit des Bedarfs 181
 Unangemessenheit der Verfahrensdauer 853
 unaufklärbare Umstände 892
 unbefristete Dauer 385
 Unfallereignis 29, 892

- Unfallkausalität **892**
 unfallversicherte Tätigkeit **419**
 Unfallversicherung **86**
 Unfallversicherungsschutz **969**
 Unfallversicherungsträger **349**
 ungeprüfte Ablichtung der gesamten Akten **849**
 ungünstige Prognose einer bösartigen Erkrankung **646**
 Unionsbürger **827, 839**
 Unkenntnis des Sozialhilfeträgers vom Hilfebedarf **991**
 Unterhalt **480**
 Unterhaltspflicht zwischen Eltern und Kindern **419**
 Unterkunft **660**
 Unterkunft und Heizung **77, 369, 374, 751**
 unterlegener Mitbewerber **694**
 Unternehmen **51**
 unternehmerische Vorbereitungshandlung **127**
 Unterricht in Jazztanz und Hip Hop **673**
 Unterstützung durch Krankenkasse **681**
 Unverwertbares Sachverständigengutachten **574**
 unzumutbare Schmerzen **297**
 Urlaubsabgeltung **1022**
 Ursachenzusammenhang **134**
 ursächliche Berufskrankheit **1027**
 ursächlicher Zusammenhang **127, 197**
- V**
- Validität **158**
 Verbot geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlung **7**
 Verbrauch **522**
 verdeckte Bedarfsplanung **820**
 verdrängende Wirkung einer Spezialregelung **349**
 Verfahrensmangel **578**
 verfassungs- und europarechtskonforme Auslegung **933**
 verfassungsgemäße fiktive Bemessung von Arbeitslosengeld **1005**
 verfassungskonforme Auslegung **374, 734, 839**
 verfassungsmäßige Wertentscheidungen **863**
- Verfassungsmäßigkeit **193, 497, 785**
 Verfassungsmäßigkeit der Fortbildungspflicht **322**
 Verfassungsmäßigkeit des Leistungsausschlusses nach SGB II **268**
 Verfolgung von Behandlungsfehlern **681**
 Vergesellschaftung eines vollständigen Leistungskomplexes **303**
 Vergleichbarkeit **1022**
 Vergütungsvereinbarung **455, 820, 924**
 Verhinderung **995**
 Verhinderungspflege **954**
 Verjährungsfrist **1027**
 Verlängerungsantrag **158**
 Vermarktung von Produkten **51**
 Vermeidungsverhalten **158**
 Vermögenseinsatz **170**
 vermögensstarkes Kind **570**
 Vermutung der forstwirtschaftlichen Betätigung **425**
 Vermutung der Verursachung einer psychischen Störung **442**
 Vermutungswirkung **260**
 Verordnungsermächtigung **260**
 Versagung einer Sitzungsgenehmigung **769**
 Verschulden **995**
 Verschuldungskosten **667**
 versicherte Haupttätigkeit **127**
 versicherungsbezogene Handlungstendenz **127**
 Versicherungsfluchtverhältnis **660**
 Versicherungsnehmer **566**
 Versicherungspflicht **59, 716**
 versicherungspflichtiger Gefangener **1012**
 Versicherungsschutz **38**
 Versorgungsauftrag **311**
 Versorgungslücke **1**
 Versorgungsmedizinische Grundsätze **260**
 verspätete Aus- bzw. Nachzahlung **82**
 Vertragsarzt **399**
 Vertragsärztliche Versorgung **116**
 Vertragszahnärztliche Versorgung **311**
 Vertrauensverhältnis **546**
 Vertreterversammlung **18**
 Vertriebsleiter **637**
 Verwaltungsrat **604**
 verwertbare Leistung **574**

- Verwertbarkeit 170
 Verzögerung der Ausbildung 197
 Verzögerungsrüge 289, 853
 Verzugszinsen 654
 Vetorecht 903
 volle richterlichen Überzeugung 462
 vollständiger Haarverlust 7
 vollständiger Leistungskomplex 303
 Vollstreckungsverbot für Massegläubiger 236
 vollzeitige Beschäftigung 585
 vor- und nachstationäre Behandlung 857
 vorausblickende Gesamtschau 611
 Vorbereitungshandlung 127
 vorbeugende Feststellungsklage 687
 Vorbezugszeit 734
 Vorgänger-Krankenkasse 508
 vorläufige Entscheidung 369
 vorrangige Leistungsverpflichtung 69
 Vorschlagsliste einer Arbeitnehmervereinigung 604
 Vorsorgefreiheit 59
 Vorsorgeleistung 769
 Vorsorgeuntersuchung 385, 769
 Vorstellungsgespräch 38
 Vorverlagerung des Schutzes des Einrichtungortes 365
- W**
- Wahl zum Verwaltungsrat einer Krankenkasse 604
 Wahrscheinlichkeit 134
 Wartefrist 827
 Wegeunfall 127, 778, 892
 Wehrdienst bei der NVA der DDR 619
 Wehrdienstbeschädigung 442
 wehrdiensteigentümliche Verhältnisse 442
 Weisungsbefugnis 716
 Weiterbildungsordnung 950
 Werkstattfähigkeit 146
 Wesentliche Mitursache 197
 Wesentlichkeit der Wirkursache 892
 Wettbewerb der Mitgliedsbetriebe 112
 WfbM 146
- Widerklage 578
 Widerruf der Zustimmungserklärung 983
 Wie-Beschäftigter 419
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 287
 Wiedergutmachung auf andere Weise 853
 Wiederheirat 540
 Wirkstoffgleichheit 497
 wirtschaftlicher Vorteil 627
 Wirtschaftlichkeit 820
 Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit 924
 Wirtschaftlichkeitsprüfung 203
 Witwerrentenbezug 540
 Wohnen außerhalb der Einrichtung 455
 Wohnsitzauflage 911
- Z**
- Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen 765
 zeitgenössische Tanzformen 673
 Zersplitterung der Rechtsprechung 484
 Zuflussprinzip 82
 zukünftige Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit 276
 zulässige verfassungskonforme Auslegung 742
 Zulässigkeit des Rechtswegs 604
 Zulässigkeit eines Teilurteils 669
 Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung 585
 Zulassungsverzicht 694
 Zumutbarkeit der Erkundigung 995
 Zuordnung von Einnahmen 391
 Zurechnung 570
 Zurückweisung von Beteiligtenvorbringen 508
 Zusammenarbeit 69
 zusätzliche Fahrkosten 687
 zusätzlicher Barbetrag 66
 Zusatzqualifikation 597
 Zusicherung 649
 Zuständigkeit der Sozialgerichte 484
 Zuständigkeitserklärung der Aufsichtsbehörde 214
 Zuwendungen 660
 zweite Teilzulassung 311

Abkürzungen

AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz
a.a.O.	am angegebenen Ort
AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEVO	Arbeitserlaubnisverordnung
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (siehe SGB III)
AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AKG	Allgemeines Kriegsfolgendesetz
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
Alg	Arbeitslosengeld
Alg II-V	Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
AlhiV	Arbeitslosenhilfeverordnung
AltTZG	Altersteilzeitgesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
AMPreisV	Arzneimittelpreisverordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AnhP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit
Anm.	Anmerkung
AnpG	Anpassungsgesetz
AntiDHG	Anti-D-Hilfegesetz
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ApBetrO	Apothekenbetriebsordnung
ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ArV	Arbeiterrentenversicherung (siehe SGB VI)
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
Ärzte-ZV	Ärzte-Zulassungsverordnung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AusglV	Ausgleichsrentenverordnung
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AV	Angestelltenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz (siehe SGB VI)
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz

BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des BAG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeitrZV	Beitragszahlungsverordnung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Bek.	Bekanntmachung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
ber.	berichtigt
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil I, Teil II, Teil III)
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluss
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BG	Berufsgenossenschaft
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (amtliche Sammlung; Band/S.)
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BK	Berufskrankheit
BKK	Betriebskrankenkasse
BKV	Berufskrankheitenverordnung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMV	Bundesmantelvertrag
BPflV	Bundespflegesatzverordnung
br	Behindertenrecht (Zeitschrift)
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Zeitschrift)
BSchA/BSA	Berufsschadensausgleich
BSeuchG	Bundesseuchengesetz (siehe IfSG)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des BSG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (siehe SGB XII)
BT	Bundestag
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVBl./BArBl.	Bundesversorgungsblatt/Bundesarbeitsblatt (Heft-Nr./Jahr/S.)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz

d.h.	das heißt
DISVA	Deutsch-israelisches Sozialversicherungsabkommen
Drs./Drucks.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DV/DVO	Durchführungsverordnung
EBM-Ä	Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKK	Ersatzkrankenkasse
EKV-Ä	Ersatzkassenvertrag – Ärzte
EKV-Z	Ersatzkassenvertrag – Zahnärzte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erk.	erkennend(er)
ErwZulG	Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen
EStG	Einkommensteuergesetz
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FELEG	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbsfähigkeit
FEVS	Fürsorgerechtl. Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Zeitschrift; Band/S.)
FRG	Fremdrentengesetz
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
Gbl.	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GdS	Grad der Schädigungsfolgen
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GRG	Gesundheitsreformgesetz
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HkG	Heimkehrergesetz
HStruktG	Haushaltsstrukturgesetz
HwVG	Handwerkerversicherungsgesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i.d.F.	in der Fassung
info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JAV	Jahresarbeitsverdienst
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
Kaug	Konkursausfallgeld
KFürsV	Kriegsopferfürsorge-Verordnung
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KK	Krankenkasse
KO	Konkursordnung
KOF	Kriegsopferfürsorge
KOV	Kriegsopferversorgung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
KVÄG	Krankenversicherungsänderungsgesetz
KV	Krankenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner (siehe SGB VI)
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LAK	Landwirtschaftliche Alterskasse
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LKK	Landwirtschaftliche Krankenkasse
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MPG	Medizinproduktegesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
Nds.	Niedersachsen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NOG	Neuordnungsgesetz
Nr(n).	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OrthV	Orthopädieverordnung
OVA	Oberversicherungsamt
PflegeVG	Pflege-Versicherungsgesetz
PsychThG	Psychotherapeutengesetz
RÄG	Rentenanpassungsgesetz
RAM	Reichsarbeitsminister/ium
RAV	Rentenanpassungsverordnung

RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr.	Randnummer
RehaAnglG	Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (siehe SGB IX)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RRG	Rentenreformgesetz
RSaV	Risikostrukturausgleichsverordnung
RSV	Regelsatzverordnung
RückHG	Rückkehrhilfegesetz
RÜG	Renten-Überleitungsgesetz
RV	Rentenversicherung
RVA	Reichsversicherungsamt
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SchwAbV	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz (siehe SGB IX)
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch (I Allgemeiner Teil, II Grundsicherung für Arbeitsuchende, III Arbeitsförderung, IV Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, V Gesetzliche Krankenversicherung, VI Gesetzliche Rentenversicherung, VII Gesetzliche Unfallversicherung, VIII Kinder- und Jugendhilfe, IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, X Sozialverfahren und Sozialdatenschutz, XI Soziale Pflegeversicherung, XII Sozialhilfe)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SozR	Sozialrecht (Entscheidungen des BSG; Loseblattwerk)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SV	Sozialversicherung
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVwG	Selbstverwaltungsgesetz
TPG	Transplantationsgesetz
TWZ	Thannheiser/Wende/Zech, Handbuch des Bundesversorgungswesens (Vorschriften mit Hinweisen und BSG-Leitsatzsammlung zu Sozialer Entschädigung und Rehabilitation; Loseblattwerk)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
u.a.	unter anderem
Urt.	Urteil
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
UV	Unfallversicherung

UVNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VersMedV	Versorgungsmedizin-Verordnung
vgl.	vergleiche
VO/V	Verordnung
VuVO	Versicherungsunterlagen-Verordnung
VV	Verwaltungsvorschrift
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WDB	Wehrdienstbeschädigung
WFVG	Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetz
WGSVG	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
Zahnärzte-ZV	Zahnärzte-Zulassungsverordnung
z.B.	zum Beispiel
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Zeitschrift für das Recht der Sozialen Sicherheit)
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZDG	Zivildienstgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRBG	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen